

**Abonnements**  
 werden beim Verlag und dessen  
 bekannten Agenten entgegen-  
 genommen, und zwar zum  
 voraus zahlbaren  
 Vierteljahrspreise von:  
 Mk. 4.40 für Deutschland (Post  
 per Weis-Genovev)  
 Mk. 2.75 für Oesterreich (Post  
 per Weis-Genovev)  
 Mk. 2. — für alle übrigen Länder  
 des Weltpostvereins (Streuholz).

**Inserte**  
 die beizugehaltene Zeitzeile  
 3 Pence — 25 Pf. — 30 Sil.

# Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

**Erscheint**  
 wöchentlich einmal  
 in  
**London.**  
 Verlag  
 der  
 German Cooperative Publishing Co.  
 E. Bernstein & Co., London N. W.  
 114 Kanthall Town Road.

**Postsendungen**  
 franco gegen franco.  
 Sonstige Briefe  
 nach England gegen Doppelpost.

Nr. 25.

Wird an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schickt man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

22. Juni 1889.

## Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Vom Hexenkessel der europäischen Diplomatie.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben wieder einmal recht deutlich gezeigt, ein wie schändlich frevelhaftes Spiel die Regierer Europa's mit dem Wohl der Völker treiben. Die Wohlgenuth-Affäre auf der einen, und die Vorgänge in Serbien-Montenegro haben wie ein Blitzstrahl die Situation erhellt und den Vätern Europa's gezeigt, wach gähnendem Abgrund sie entgegenreiben oder richtiger entgegengetrieben werden.

Emil Zola hat in einem seiner Romane, „Pot-Bouille“, den Schleier gelüftet, hinter dem die honette Bourgeoisie den Augen der Außenwelt ihre innere Hohlheit und Verderbenheit verbirgt. Statt einer züchtigen, wohlstandigen, wohlwollenden Frau zeigte sich ein süßes, brutales, von Neid und Mißgunst erfülltes Weib. So ist der Gegensatz zwischen Schein und Wirklichkeit in der Welt der Lenker der Staaten. Sie stehen von Freundschaftsbegegnungen für einander über und haben einander, wie nur die Falschheit haben kann, sie nennen sich sammt und sonders Vertreter der christlichen Liebe und säen nichts als Haß und Unfrieden unter den Völkern, sie haben nichts als Friede und Freiheit auf den Lippen und denken an nichts als an Krieg und Unterdrückung.

Es steht jetzt fest, daß die Day wider die Schweiz aus Anlaß des Wohlgenuthhandels — worüber mehr an anderer Stelle — nur ein Glied ist in einer langen Kette von Provokationen, die alle den Zweck haben, die Neutralitätsstellung der Schweiz zu untergraben, Preußen-Deutschland und seinen Verbündeten freie Hand zu verschaffen, im Falle eines Krieges mit Frankreich in das Gebiet der Eroberung einzubringen und von dort aus den Franzosen in die Klanke zu fallen. Im Gegensatz zu dem Königreich Belgien hatte die kleine Alpenrepublik sich den Bewerbungen der deutschen Diplomatie gegenüber spröde verhalten; so inkonsequent, ja feige sie sich in anderer Hinsicht gezeigt, in dem einen Punkt blieb sie unnahbar: an ihrer durch europäische Verträge verbürgten Neutralität dürfe nicht gerüttelt werden. Aber was fragt ein herrschsüchtiger Despot nach Verträgen! Es wäre nicht der Erste, den Bismard nach Trüben getreten. Darum mußte die Schweiz um jeden Preis kompromittiert, als ein Verdorrenst demüthigt werden, darum nicht nur das unausrottbare Heer von Spitzeln und Spionagen in der Schweiz, sondern auch die Weisung an die Haupt, die Schröder u., die russischen Flüchtlinge in der Schweiz zu überwachen, Anschläge auf das Haupt des russischen Jaren aufzuwachen! Die zarte Fürsorge schien auch anfangs Früchte tragen zu wollen. Als Preußen-Deutschland seinen diplomatischen Feldzug wider die Schweiz begonnen, mit dem Verlangen: Aufhebung des Asylrechts, Stellung der Schweiz unter preussische Polizei-Aufsicht, da hatte es alsbald nicht nur Oesterreich an seiner Seite, seinen getreuen Allirten, sondern auch Russland, seinen getreuen Todfeind. Zu Attentaten wider Freiheit und Recht reichten sich Geister dieses Schlages — wir denken, wenn wir von den Vätern sprechen, hier natürlich nur an ihre Regierer — stets gerne die Hand. Hinterher scheint aber Vätern ein Licht aufgegangen zu sein, worauf die Sache in Wirklichkeit hinausläuft, und der moskowitzische Despot wurde zum Freiheitshelden. Russland wolle das Asylrecht der Schweiz nicht beeinträchtigt sehen, heißt es in den letzten Depeschen.

Es ist das freilich keine neue Rolle für das autokratische Jarentum. Es spielt sie seit Langem auf dem Balkan. Dort thut es seit Menschengedenken nichts als „Befreien“. Das Merkwürdige ist nur, daß die „Befreiten“ nie wirklich frei werden, nie dazu kommen, sich in Ruhe der ihnen väterlich geschenkten Freiheit zu erfreuen. Jedemal wenn sie einen Versuch in dieser Richtung machen, entdeckt Väter, daß sie „noch nicht frei genug sind“, und stürzt sie in neue Unruhen, neue Aufregung, neue Gefahr. So ruft er jetzt durch den Mund des Metropolitens Michael den Serben zu: Ihr könnt nicht glücklich werden, solange das großherzogliche Reich nicht wiederhergestellt ist: Serbien mit Montenegro vereinigt muß Bosnien und die Herzegowina erhalten und später das Banat und Kroatien dazu. Rumänien ist ebenfalls noch nicht glücklich, sondern braucht ein Stück von Siebenbürgen. Dieses und die vorgenannten Gebiete „schwachten“ jetzt unter dem Joch Oesterreichs und müssen „befreit“ werden.

Niemand, selbst die zu „Befreier“ nicht, bildet sich ein, daß hinter dieser Fürsorge auch nur ein Fünkchen wirklicher Liebe steckt. Nichts als Herrschsucht und Ländergier sind ihre Erzeuger, der verzehrende Wunsch, einen Rivalen matt zu legen, der Russlands Gelüsten auf den Bosphorus, den Schlüssel zum schwarzen Meer, gefährlich werden könnte: Oesterreich das Schicksal der Türkei zubereiten.

Und damit England nicht etwa sich zu Gunsten dieses oder der Türkei einmische, wird ein Vertrag mit dem Schah von Persien geschlossen, wonach dieser für den Fall eines Krieges zwischen Russland und Afghanistan den Russen die Provinz Chorasman als Operationsgebiet zur Verfügung stellt, so daß Afghanistan jetzt von Norden und Westen her von Russland eingeschlossen ist, Verat gerabezu die Russen vor den Thoren hat — alles Dinge, die England in Indien vollends beschäftigen, ihm es nahelegen, dafür zu sorgen, daß Väterchen nicht auch noch den Indiern das Evangelium der „Freiheit“ verkündet.

Lassen wir indeß Asien und bleiben wir bei und in Europa. Aus dem vorher Angeführten geht deutlich hervor, daß ein Krieg zwischen Oesterreich und Russland in dem Augenblick unvermeidlich wird, wo die russischen Finanzen kräftig genug sind, dem Jarentum einen solchen zu gestatten. Und dieser Moment rückt mit Riesenschritten heran. Die Russen haben die Konversion ihrer Staatsanleihen zum großen Theil beendet und werden auch mit dem Rest fertig werden. Die Proteste, die jetzt in Deutschland in Szene gesetzt werden, kommen zu spät — Dank Bismard, der den Russen vor vier Jahren aus der Patzche geholfen.

Ueberhaupt hat Niemand mehr für den Selbstbeherrscher aller Reußen gearbeitet, als Bismard. Ihm in erster Linie dankt derselbe seine gegenwärtige Machtstellung. Bismard hat alles gethan, den Einfluß des Jarentums in Europa zu vergrößern. Der blödsinnige Potentat dieses märkischen Junkers hat es mit verbündet, daß Deutschland in einem freien Polen einen Schutz vor der Liebe des russischen Vandalen fand, Bismard hat die Franzosen einem Bündniß mit den Russen in die Arme getrieben, er bewirkt jetzt, daß selbst die Schweiz für die Wahrung ihrer Unabhängigkeit auf die Unterstützung Russlands angewiesen ist. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht gar so beschämend wäre. Der größte Feind der europäischen Freiheit, der geschworne Gegner der westlichen Zivilisation darf sich, Dank Bismard, selbst in West-Europa als Schützer der Schwachen gegen die Starke aufspielen. 1874 schätzte er die Franzosen vor einem zweiten Abderlaß durch Deutschland, jetzt schickt er sich an, das Recht der Schweiz vor einer Vergewaltigung durch Deutschland zu schützen.

Wie könnte Deutschland dastehen in Europa, wenn es seine Einigung auf demokratischem Wege errungen und sein Verhältnis zu den Nachbarländern nach demokratischen Grundsätzen, nach den Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Völker geregelt hätte, und wie sieht es da, Dank der Einigung durch Blut und Eisen, Dank der Leitung seiner auswärtigen Politik durch den Vollblutjunker Bismard! Außer Oesterreich, das auf seine Hilfe angewiesen ist, ihm aber keine leisten kann, und Italien mit seiner Politik eines Brado, hat es keinen Freund in Europa. Ueberall sonst ist es verhaßt, als Vertreter der brutalen Gewaltpolitik, als Bedroher der Freiheit und des Rechts. Deutschland hat die Aera der politischen Reaktion in Europa eröffnet, von Deutschland gehen seit Jahren alle Angriffe auf das Recht der freien Meinungsäußerung, auf Rede- und Pressfreiheit in andern Ländern aus. Es hat sich nie zu einer Förderung der Freiheit, stets zu Akten gewaltsamer Niederhaltung bereit gezeigt.

Alle Schuld rächt sich auf Erden. Die Fehler von 1864, von 1866 und 1870 zeitigen bittere Früchte für das deutsche Volk. „Wir sind von Feinden umgeben“, schreit der Chor der Reptilien, „der Krieg steht vor den Thoren, wenn das deutsche Volk nicht gehoriam seinem Bismard folgt“. Das alte grundfalsche Lied. Der Feind steht vor den Thoren, weil das deutsche Volk so lange seinem Bismard gefolgt ist. Und dadurch, daß es ihm weiter folgt, wird es nie und nimmer den Feind sich vom Hals schaffen. Auf jedes neue Regiment, das Deutschland seiner Heeresmacht zufügt, auf jedes Panzerschiff, um das es seine Marine vermehrt, antwortet er mit entsprechenden Vermehrungen seiner Heeresmacht, seiner Marine. In diesem Wettrennen läßt sich kein Vorsprung aufrechterhalten, da geht es im rasenden Galopp nebeneinander, bis die Katastrophe unvermeidlich ist.

Diesem wahnwitzigen Treiben Einhalt zu thun, ist die alte Diplomatie hüben und drüben außer Stande. Die beiden großen Gewaltstaaten Europas, die Vormächte der Reaktion, Russland und Preußen-Deutschland, können in ihrer heutigen Verfassung nicht Frieden halten. Sie wären wahrscheinlich längst aneinander gerathen, wenn nicht ein Faktor sie im Jaum hielt: die Furcht vor der Revolution. Diese läßt die Machthaber zittern vor der Möglichkeit einer Niederlage. Nicht die Friedensbegehungen der Regierenden, die erlogen sind wie ihre Freundschaftsaffäre, haben den Ausbruch des fürchterlichsten Krieges, den die Welt noch gesehen, bis jetzt verhütet, sondern der Sozialismus hüben und der Nihilismus drüben.

Mögen dies die Völker zu jeder Zeit beherzigen.

## Aus Frankreich.

Paris, 15. Juni 1889.

Seiner Bestimmung entsprechend hat sich der Senat auch in der Frage des neuen Militärgesetzes wieder einmal als der Gemessene erwiesen, welcher die Republik verhinert, entschließener und schneller auf dem Wege der Demokratie fortzuschreiten. Unter dem Vorwande, die Interessen der Bildung, der Wissenschaft, der Demokratie selbst zu wahren, hat er die allgemeine und gleiche Wehrpflicht durch die Bestimmung einer einjährigen Dienstzeit für Schüler der Hochschulen, höherer Lehranstalten, Lehrer und die Zöglinge der katholischen Priesterseminarien arg durchlöchert. Sein dahingehender Beschluß ist einer der entscheidendsten Siege, welche die Reaktion und im Besonderen der Militarismus davon getragen. Wie der Kriegsminister Campenon vor einem Jahre sagte, wird es das Volk nie begreifen, daß die, welche besitzen, zu ihren Privilegien noch das einer bloß einjährigen Militärdienst erhalten.\*)

Die Kammer beschäftigt sich unterdeß mit der Frage, welche ihren Mitgliedern am Herzen, d. h. am nächsten am Geldbeutel liegt, mit der Budgetfrage. Wie alle Jahre, so waren und sind auch die diesjährigen Budget-Debatten ein wenig harmonisches Trio zwischen den Parteien, welche früher den Rahm abschöpfen und jetzt in die Gede gedrückt sind, derjenigen, welche jetzt den Schlüssel zur Kaffe hält, und den Fraktionen, die ihn noch nicht hatten, aber gerne haben möchten. Sie brachten also die bekannten Angriffe der Monarchisten gegen die Republik und deren Finanzverwaltung, und die ebenso unvermeidlichen Lobeserhebungen der opportunistischen Astenrepublikaner über die Vorsätze und Fortschritte der opportunistischen Politik und Verwaltung. Die Einen wie die Andern trifteten in Uebertreibungen das Menschenmögliche, während die Radikalen ihre Rolle, nach beiden Seiten hin Kritik zu üben, insolge ihrer Stellung als Schwanz des Opportunismus nur sehr schwach und farblos ansujuderen vermochten.

Genau ist, daß, wie die Monarchisten hervorheben, die Finanzwirtschaft der Republik schreiende Mängel aufweist, daß dem Volke abgegriffene Millionen mit Leichtfertigkeit in den Wind geworfen, wenn sie nicht direkt vermozelt und geschoben werden. Geradezu lächerlich und ein Zeichen frecher Unverfrorenheit ist es dagegen, wenn die Herren die Uebelstände im Budget als der Republik eigentümlich, als mit ihr wesentlich verbunden hinstellen wollen, wenn sie thun, als ob unter dem monarchistischen Regime die beste Finanzverwaltung gewesen wäre und noch sein würde. Die Vergangenseit mit den Budgets der Bourbonen, der Orleans, Bonapartes traut sie Algen; das Ansehen der Steuerherrscher, das Vergewaltigen, Stehlen, Unterschleifbetreiben stand damals in besserer Blüte, und schlimmer, wie es unter monarchistischem Regime in dieser Beziehung getrieben wurde, kann es auch die unentworfene Republik nicht treiben. Wenn die heutige Republik nach der Seite der Finanzen hin nicht die Hoffnungen erfüllt hat, welche die Masse an sie knüpfte, so kommt dies gerade daher, daß dieselbe nicht entschieden genug mit der monarchistischen Vergangenseit gebrochen, daß sie eine ganze Reihe ihr von der Monarchie vererbten schlechten Einrichtungen bewahrt hat, mit einem Worte, daß sie ihrem Wesen nach noch immer mehr monarchistisch als demokratisch ist. Die Opportunisten üben ihrerseits ebenso unverkennbar darauf los, wenn sie Frankreich seinen Finanzverhältnissen nach als ein Kanaan bezeichnen, denn sie haben die Bäche von Milch und Honig so eingebümt, daß sie nicht dem ganzen Lande zu Gute kommen, sondern sich in die Akerdörfer etlicher Großkapitalisten konzentriren. Nur ein Kapitel gibt es im Budget der Republik, auf welches die Opportunisten ohne Erbittern, ja mit einem gewissen Stolz verweisen können, was sie auch nie verfehlen, über alle Gebür zu thun. Es ist dies das Budget des öffentlichen Unterrichts. So entfernt dasselbe auch noch davon ist, den Idealen einer wirklich demokratischen Republik zu entsprechen, so bezeugt es doch der Vergangenseit gegenüber und auch im Vergleich zu den monarchistischen Nachbarländern, das verkörperte Deutschland indogreifen, von einem entschieden Fortschritt.

Wie stets, lieferten auch diesmal die Budgetdebatten den Radikalen die Gelegenheit, ihr Stedenpferd, den Kampf gegen den Militarismus, in der hohen Schule vorzutreiben, und im Vergleich zu dem vorigen Jahre habe sie dies mit mehr Kühnheit und Gelegung gethan. Sie sind ja momentan nicht mehr Regierungspartei, können also freier loslegen als unter Floquets Kabinett. So stimmte die äußerliche Ueile gegen die Gefandtschaft beim Papste und ließ auch durch Clemenceau und Ribard gegen das Budget des Militars protestieren und die entschiedene Beweilligung, die Trennung der Kirche vom Staate, fordern.

Ein besonderes Interesse erhielten die Debatten über das Budget des öffentlichen Unterrichts dadurch, daß als Antwort auf die monarchistischen Jeremiaden über den religionslosen Unterricht Herr Jules Ferry zum ersten Male seit seinem Sturz im Parlamente eine längere Rede hielt. Vor diese Rede in ihrem ersten Theile: die Konstatierung dessen, was die Republik für den öffentlichen Unterricht gethan, manches Richtige und Gute, so gestaltete sie sich in ihrer zweiten Hälfte zu einer demüthigen Abbitte gegenüber den Clerikalen für die Eingriffe in ihre Vorrechte, zu einem jämmerlichen Klauenbekenntniß der plattesthen Reaktion. Zwar hob Herr Ferry anfangs hervor, die Republik könne in Bezug auf den Unterricht der Kirche keine Konzessionen machen, sie werde die von ihr gegebene Gewissensfreiheit zu bewahren wissen, daß sie aber schloß er mit Anerkennung der Nothwendigkeit des religiösen „Friedens“, einer Umänderung des Gesetzes über die religiösen Assoziationen und Kongregationen, der Aufrechterhaltung des Konkordats und der Ertheilung von Religionsunterricht in den Schulen. Seiner langen Rede kurzer Sinn war, daß die Republik nur mit dem Bestand der konservativen und kirchlichen Elemente bestehen könne, und daß er bereit sei, diesen Bestand mit allen Konzessionen, mit Preisgabe der bisher bekannten Prinzipien zu erkaufen. Charakteristisch war die Haltung der Rechten, welche durch ihr Mitglied de Mun in einer der Form nach meisterhaften Rede die Ferry'schen Zugeständnisse mit großer Energie zurückweisen ließ. Die Radikalen wollten keinen Kompromiß mit dem Staat, sie wollten dessen blinde Unterwerfung unter die kirchliche Gewalt, sie wollten die letzte Waffe eines vorübergehenden Würgerthums nicht aus der Hand geben. Die Vorkämpfer, mit welcher Ferry seinen Gang nach Canossa angetreten, war also umsonst verschwunden. (Im Rathschall sind die Clerikalen übrigens auch für einen Kompromiß zu haben; das Gehändniß der Schwahe von Seite der Opportunisten die Bereitwilligkeit derselben zum Verrath der Sache der Freiheit im Interesse ihrer Herrschaft, mußte sie natürlich ermutigen, den Herren zunächst einen Noth zu geben, um — ein noch günstigeres Angebot zu erlangen. Die Pfaffen vertheilen sich gründlich auf den Schacher.) In Ansehung der Budgetdebatten wurden zwei Interpellationen eingebracht, welche Aufmerksamkeit verdienen: die von Milleraud über den Kupfererz und die von Lour dem Steigen der Zucker.

\*) Außerdem steht das Vorrecht der einjährigen Dienstzeit der allgemeinen Herabsetzung der Militärdienst im Wege. (Neb. d. S. D.)

preise gegenüber. Obgleich die Kammer schon vor längerer Zeit eine gerichtliche Untersuchung über die skandalösen Manöver des Kupfer- rings beschlossen hat, scheint die Sache unendlich in die Länge gezogen zu werden, damit sie vergehen und begraben werden kann. Willkürlich protestierte nun in trefflicher Weise gegen die schlappe Haltung der Regierung, resp. des Justizministeriums, den großen Finanzmaglern gegenüber. Man darf, sagte er unter anderem, nicht den Feinden der Republik die Sorge überlassen, sich mit den Interessen der kleinen Sparrer zu beschäftigen. Das Eskontokomptoir hat keine Statuten verleiht, sein Verwaltungsrath hat aus Unachtsamkeit oder Unehrlichkeit die Aktionäre getäuscht und eine Situation geschaffen, welche die Interessen der kleinen Sparrer und Arbeiter empfindlich schädigt, trotzdem aber scheint die Voruntersuchung vor der Thür eines sehr reichen Bankiers stille zu stehen, an den ein Mitglied der Regierung öffentliche Dankfugungen richtete. Die erste Hausungsbuch behufs Beschlagnahme der Bücher und Dokumente geschah erst zwei Monate nach der Katastrophe, und obgleich der Präsident des Verwaltungsrathes für 100 Millionen verantwortlich ist, hat man ihn gegen eine Kaution von 100,000 Franken freigelassen. Wenn es sich um den Bankrott eines kleinen Geschäftstreibenden handelt, so warten die Behörden nicht zwei Monate lang, um Bücher, Dokumente und Briefe mit Beschlag zu legen, damit Untersuchungen nicht verhindert werden. Die Regierung sollte durch ihre Haltung nicht den Glauben aufkommen lassen, daß die Republik Privilegien de facto zuläßt, wenn sie die Privilegien de jure abgeschafft hat. Trotz der stillen Anreden und kläglichen Haltung des Justizministers, welcher offenbar mitgemogelt oder wenigstens seine Gründe hat, die Spillhübereien Anderer mit wohlwollendem Schweigen zu decken, ertheilte die Kammer durch Hebergang zur Tagesordnung der Regierung ein Vertrauensvotum.

Interessant war auch die Interpellation des Doulangischen Cour über die Kräfte und bedeutende Steigerung der Zuckerpreise, die, wie er nachwies, von einer Koalition der großen Zuckerfirmen hergingen, welche die Kolonnen von Java und Kraba zum Ausgangspunkt einer schändlichen Spekulation gemacht haben. Ihr zu Folge ist der Preis des Zuckers um 54 Prozent gestiegen, obgleich die Gesamtmenge durchaus nicht geringer als sonst ausgefallen ist und der Zuckerkonsum in Frankreich abgenommen hat. Frankreich hat diesmal 78,000 Tonnen mehr produziert als voriges Jahr, allein die Raffinadeur haben 60,000 Tonnen bei Seite gehalten, um die Preise steigen zu können. Die Rübenbauern haben von der Spekulation keinen Gewinn, denn der Zentner Zucker wird ihnen nach wie vor mit 36 Franken bezahlt, während ihn der Raffinadeur um 56 Franken verkauft. Die opportunistische Presse war über diese Interpellation und die ihr zu Grunde liegende Auffassung ganz außer sich. Die Raffinadeur seien die unheimlichsten Heute von der Welt, welche für ihre Spekulation noch die Bestenleistungen erhalten müßten, denn sie halten ja durch die Preissteigerung nur verhindern wollen, daß das Ausland — der Londoner und Magdeburger Markt wies nämlich einen Ausfall an Zucker auf — den sammtlichen französischen Zucker billig ankauft. Trotzdem mußte der „Temps“ den Kern der Pariser Angaben geben. „Es ist sicher“, schrieb er, „daß gewisse Raffinadeur große Gewinne realisiren konnten. Es ist ferner bedauerlich, daß die Raffinadeur allein von einem Mehrerwerth profitieren, während die Konsumenten bezahlen, während die Zuckerfabrikanten und Rübenbauern keinen Nutzen aus demselben ziehen; dank ihrer Stellung können die Raffinadeur den Kurs des raffinierten Zuckers auf Preise halten, welche ihnen fast immer wirkliche Profite sichern.“ Auch diese Interpellation wurde mit den üblichen witzigen Nebenarten zu den Akten gelegt, die Raffinadeur können weiter „auf Preise halten“, und die Konsumenten, die große Masse des Volkes, können weiter zahlen.

Zum Schluß noch die Mitteilung, daß die Pariser Arbeiterschaft auch dieses Jahr das Andenken der Opfer der blutigen Rainwoche durch Manifestationen vor der Mauer der Gebrüder gefeiert hat. Die Masse des zugezogenen Publikums war dieses Jahr weniger groß als gewöhnlich, die Feste und Vergügungen hatten einen großen Theil der bloß Neugierigen nach verschiedenen Punkten gezogen, das organisierte Proletariat war dagegen in gleicher Stärke erschienen. Die Manifestation war ebenso großartig und erheben wie je, ja, sie machte einen noch tieferen und würdigeren Eindruck und ließ bei den Theilnehmern die Ueberzeugung zurück, daß die proletarische Revolution auf die Baustelle der Versammelten unter allen Umständen zählen könne. Zum ersten Male war nämlich der Fester kein Militär anwesend worden, ja sogar die Polizei war nur schwach vertreten. Die Voraussetzungen, war die Folge dieses klugen Entschlusses der Regierung, daß die Fester ohne jeden Tumult, ohne jede Störung verlaufen ist. Ganz deutlich wurde einmal wieder gezeigt, daß nicht die Revolutionäre, sondern nur die Polizei und ihre Helfershelfer die „öffentliche Ordnung“ stören.

### Noch einmal die Kontroverse Baz-„Frauenvergötterer“.

Genosse G. Belfort-Baz erludt uns um die Aufnahme folgender Bemerkungen zur „Antwort“ Bebels, mit denen er seinerseits die Kontroverse schließen zu wollen erklärt:

„Auf die Bebel'sche Antwort habe ich nur Folgendes zu bemerken: 1) Bebel sagt, daß meine Artikel keinen Einwurf enthalten, der nicht schon Tausendmal widerlegt worden ist. Darauf kann ich nur erwidern, daß diese massenhaften Widerlegungen mir nie zu Gesicht gekommen sind, und daß ich wissen möchte, wo sie zu finden sind. Was Bebel's eigenes Buch anbelangt, so sind diese Einwürfe darin auch nicht einmal berührt. Weiter er geht Bebel ruhig und gelassen über die Thatsache hinweg, daß ich gerade die dort enthaltenen „Widerlegungen“ bekämpft und wie ich und auch Andere meinen, widerlegt habe.“

2) Es ist total und absolut falsch, daß meine Ansicht auf irgend welchen „unangenehmen persönlichen Erfahrungen“ beruht. So etwas läßt sich sehr leicht sagen, und zwar um so leichter, als es in der Natur der Sache liegt, daß man eine derartige Behauptung, so falsch sie auch sei, nicht widerlegen kann. Mit solchen unbilligen Kampfmitteln wird man aber nicht viel ausrichten.“

3) Würde ich die Redaktion und auch Bebel auffordern, nur einmal offiziell und ausdrücklich zu erklären, ob sie mit der heutigen Bevorrechtigung der Frau (von der ich genügend Beispiele geliefert habe) einverstanden sind oder nicht, — oder ob sie dagegen eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter, bei welcher die jetzigen Privilegien verschwinden sein werden, ins Auge fassen. Ueber diesen Punkt kann ich nie ins Klare kommen, weder mit bürgerlichen, noch mit sozialistischen Frauenrechtlern. Es ist wie bei den Possibilisten in der Frage des Pariser Kongresses, sie scheuen sich, eine bündige Erklärung in Bezug auf denselben abzugeben.“

Ich habe mich für die Gleichstellung der Geschlechter erklärt, und doch bin ich ein Steyer, Philister und Wort weiß was. Ich kann mir daher nichts Anderes denken, als daß Ihr überhaupt nur die Privilegien des Weibes beseitigen und vermehren wollt. Habe ich Recht oder nicht? Sowieit Baz.

Da wir nicht annehmen, daß Genosse Bebel noch einmal in die Diskussion eingreifen wollen, so wollen wir in unserer Antwort auch gleich auf die speziell gegen Bebel gerichteten Beschwerden eingehen.

Ob eine Sache widerlegt ist oder nicht, darüber wird unter den streitenden Parteien nur in den seltensten Fällen Einigkeit erzielt werden. Es ist das Sache der Schöpfung, und es muß jedem freistehen, dem Gegner zu erklären: Deine Argumente sind bereits zurückgewiesen, ich halte es für zwecklos, aufs Neue darauf zu erwidern. Inwiefern er damit Recht hat, hat nicht der Gegner, sondern haben die Unparteiischen, hier die Väter, zu entscheiden, und diesen mag das Gebot auch überlassen bleiben.

Zum Zweiten bitten wir Baz, die Bebel'sche Definition des Begriffs Philister — der wir uns anschließen — noch einmal durchzugehen und sich dann die Frage vorzulegen, ob sie ihn zu der Behauptung berechtigt, Bebel habe ihm dargeworfen, seine Ansicht beruhe auf „unangenehmen persönlichen Erfahrungen“. Nach unserem Dafürhalten sollte mit ihr nur die Neidische, von Ausnahmefällen hergeleitete Natur der Pariser Kongresse charakterisirt werden. Und das bringt uns zum dritten und Hauptpunkt seiner Einleitung.

Wir sollen „offiziell und ausdrücklich“ erklären, ob wir mit der heutigen Bevorrechtigung der Frau einverstanden sind oder mit Baz eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter wüßten. Darauf haben wir zu ant-

worten: Wir sind Gegner aller Vorrechte, also auch solcher der Frauen. Aber was Baz so nennt, sind gar keine Vorrechte, sondern Anomalien, die sich aus der geschichtlichen Überkommenen und in den Gesetzen aller Völker zum Ausdruck gebrachten Unterordnung der Frau unter den Mann herleiten. Das Gesetz, das die Frau dem Mann unterstellt, gewährt ihr in besonderen Fällen — freilich oft sehr mangelhaften — Schutz gegen den Mißbrauch dieser Herrschaftstellung von Seiten des Mannes. Ein Gleiches thut die Sitte in der Galanterie. Den Maßstab derselben bildet aber das Gutdünken, die Tugend. Wenn nun diese in einzelnen Fällen zu Uebertreibungen zu Gunsten der Frau geführt, so kennzeichnet es den Philister — und darum können wir Baz diese Bezeichnung, so sehr er sich dagegen wehrt, nicht ersparen — daraufhin zu behaupten, die Frauen seien überhaupt eine privilegierte Klasse. Die einzigen Uebertreibungen nach der einen Seite hin baulicht er auf und behandelt sie als die Regel, die grenzenlossten Ungerechtigkeiten, unter denen die Frauen in ihrer Allgemeinheit heute leiden, Recht er nicht oder hat dafür nur Worte der Beschönigung. So z. B. beklagt er es, daß der Arbeiter bestraft wird, der seine Frau mißhandelt und nicht die Sache ins Ueberechte zu ziehen, indem er vom „heiligen Körper des ewig Leblichen“ spricht. Das ist allerdings nicht mehr philistines, Freund Baz!

Wir erziehen die soziale und politische Gleichberechtigung der Frau, die Beseitigung aller Schranken, welche der freien Ausbildung ihrer Persönlichkeit im Wege stehen. In dem Maße, da dieses Ziel erreicht wird, werden auch die besonderen Schutzvorschriften hinfällig, die heute als Äquivalent ihrer untergeordneten Stellung bestehen. Es ist aber ganz klar, daß unser Hauptanliegen nicht gegen jene, sondern gegen die Wurzel des Übels gerichtet sein muß. Nachdem Baz das ablehnt, es als „Frauenvergötterung“ verdammt, nöthigt er uns zu der aufrichtigen und, wenn er will, offiziellen Erklärung: wir kämpfen für die Gleichberechtigung beider Geschlechter, aber Deiner „wirklichen Gleichstellung“, bei der die Frau „nur einen Bestandteil im Leben des Mannes bildet“, Frauen wir nicht.

Und nun noch eine belläugige Bemerkung. Baz beklagt sich wiederholt, wir hätten ihn als „Reger“ bezeichnet, was uns gar nicht einfallen ist, und fühlt sich beleidigt, weil wir ihn Philister genannt, ein Wort, das doch durchaus nichts Ehrverletzendes in sich schließt. Eine solche Empfindlichkeit scheint uns nun wenig angemessen, nachdem er selbst mit Bezeichnungen wie „emanzipirte Schwärzer“, „Gehre“, „Blinder Fanatismus“, „Frauenanbeter“, „Sophist“, „gehirn Verirrung“ insolge einer freien Idee, „frecher Schwindel des Frauenrechtthums“ um sich geworfen. Aber gerade diese Empfindlichkeit dünkt uns ein Beweis, daß sein Urtheil in dieser Frage — er wird es uns verzeihen, wenn wir ihm das Bild entziehen — „durch Sentimentalität getrübt“ ist.

Red. des „Sozialdemokrat“.

### Sozialpolitische Rundschau.

London, 19. Juni 1889.

— Von der deutsch-schweizerischen Grenze geht und von durch- aus vertrauenswürdigster Seite eine Nachricht zu, die wir für unglau- blich halten würden, wenn uns nicht die Vorgänge der letzten Monate an das Unerhörteste gewöhnt hätten. „Sämmtliche deutsche Grenz- barnen“, wird uns geschrieben, „sind im Besitz der Photographien der künftigen in der Schweiz in Untersuchung genommenen Russen und haben Befehl erhalten, jeden derselben, der ihnen zu Gesicht kommt, behufs Auslieferung nach Rußland zu verhaften.“

So unser Gewährsmann. Es fragt sich nun: wie sind die deutschen Behörden in den Besitz dieser Photographien gelangt? Auf amtlichem Wege, d. h. durch direkte Auslieferung von Seiten der Schweizerischen Behörden? Das läßt sich auf geheime Polizeiverträge schließen, angefaßt deren der jetzige offizielle Feldzug wider die Schweiz geradezu widerständig erscheint, es sei denn, er habe lediglich den Zweck, die öffentliche Meinung in der Schweiz für die bereits in der Stille abgearbeiteten Angelegenheiten breitzuschlagen. Es wäre nicht das erste Mal, daß solche unsaubere Manöver in Anwendung gebracht wurden.

Oder aber, und es scheint uns das das Wahrscheinlichere, die Photo- graphien sind auf krummen Wegen, durch Bestechung irgend eines der Beamten, deren Obhut sie anvertraut waren, in die Hände der preussischen Bluthunde gelangt. Dann wird diese Mittheilung hoffentlich genügen, eine strenge Untersuchung herbeizuführen, und ander- seits ein neuer Beweis sein, wie Recht die Schweiz hat, wenn sie sich die Besuche deutscher Spigel auf ihrem Gebiete entschieden verbietet. Unter den künftigen Russen sind die meisten nur ihrer Gefangung wegen ausgewiesen, nicht die geringste strafbare Handlung konnte ihnen nachgewiesen werden. Diejenige Leute gleich Verbrechern nachzu- verfolgen, sie gleich Verbrechern nach Rußland zu transportiren, wo ihnen, auch wenn sie später freigelassen werden müssen, Monate, ja Jahre lange Untersuchungsfrist, je nach Belieben der Behörden sogar administrative Verhaftung nach Sibirien bevorsteht, das ist eine Nichts- würdigkeit, zu der die Hand geboten zu haben eine Schmach ist, die ein Land, das sich selbst achtet, auf seinem Namen nicht sitzen lassen darf.

Es ist noch eine dritte Erklärung möglich, daß preussische Spigel sich bei dem betreffenden Photographen nachträglich Abzüge der Aufnahmen haben anfertigen lassen. Dann läge eine strafliche Gewissen- losigkeit des die Aufnahmen leitenden Beamten vor, dessen Pflicht es gewesen, für die sorgfältige Verwahrung der Platten zu sorgen, sowie ein großer Vertrauensmißbrauch von Seiten des Photographen, die beide ebenfalls strenge Abhandlung erhebelten. Die Handlungsweise der Preußen ist natürlich in diesem Falle gleich infam wie in dem ersten.

An die unabhängige Presse in der Schweiz aber richten wir das Gebot, von dieser Mittheilung Notiz zu nehmen, damit die Sache nicht einfach totgeschwiegen werde.

— Der internationale Spigel, so schreibt man uns aus Deutsch- land, ist der Held des Tages und steht als solcher im Vordergrund des politischen Interesses. Ohne eine Spigelarmee kann kein ordentlicher Staat mehr existiren — ein Staat, der sie entbehren kann, hat nicht den Spigel der Natur erkommen, maghies nicht an der Spitze der Zivilisation, muß ohne Gnade und Barmherzigkeit in die Kategorie der „wilben Länder“ verwiesen werden. So verkündet der große Kaiser Ministerium; und danach handelt er auch. Als das belgische Pfaffen- Ministerium durch seine Spigel in Ungelegenheiten kam und von einem österrischen Gerichtshof, der das moderne Staatsideal und den modernen Idealstaat nicht begriffen hat, moralisch verurtheilt wurde, weil es den Staat und die Gesellschaft vermittelst einer Spigelarmee gerettet hatte, und als von allen Seiten der unversöhnliche Ruf erkundete, das „Spigel- ministerium“ müsse zum Teufel gejagt werden mit samt seinen Spigeln, — da ließ der große deutsche Staatsmann, um den alle Welt und be- neidet, seinem belgischen Kollegen durch den deutschen Gesandten mit- theilen: Anoh! lo son pittore — auch ich bin Spigelminister, und auch ich habe deshalb kühne Ansetzungen erlitten, allein die Welt will begipelt sein, — ohne Spigelarmee kein Staat und keine Gesell- schaft mehr — eine Spigelarmee ist für die heutige Staats- und Ge- sellschaftsordnung zum Mindesten ebenso unentbehrlich, nein, noch viel unentbehrlicher, wie eine Soldatenarmee. Denn letztere kann nur gegen die offenen Feinde kämpfen, die weit weniger gefährlich sind als die geheimen, vor denen die Spigelarmee und zu bewahren hat. Drum macht Euch keine Gedanken, ihr braven belgischen Kollegen! Ich jagt ihr viderben Spigelbrüder!“

Da kein Stenograph zugegen war, wissen wir nicht, ob der Wortlaut ganz richtig von uns wiedergegeben ist. Der Sinn sicherlich, wie aus den einseitigen Nachrichten der belgischen und deutschen Republikaner erhellt. Freilich das brauchen wir eigentlich gar nicht zu betonen. Bismarck steht auf der Höhe der Zeit, und die Ansichten, welche in seinem Namen von dem deutschen Gesandten in Brüssel ausgesprochen wurden, sind genau diejenigen, welche ein auf der Höhe der Zeit stehen- der Staatsmann à la Bismarck nothwendiger Weise hegen muß.

Hätte Herr Bernaert, statt in der Kammerdebatte über den Prozeß von Noud zu wimmeln, zu heulen und zu lägen, sich led und kühn hingestellt und seinen liberalen Gegnern zugerufen: „Ja, ich habe es geübt! Ohne Spigel läßt sich heutzutage nicht regieren. Und wenn Ihr am Ruder wäret, würdet Ihr es ebenso machen!“ — hätte Herr Bernaert so gesprochen, dann hätte er die Wahrheit gesagt und vernünftlich auf seine liberalen Gegner zum Schweigen gebracht.

Nun — er hat trotzdem sein Vertrauensvotum erhalten, und von Bismarck, dem Chef der internationalen Polizei und folglich auch des internationalen Spigelthums, obenbrein noch eine Extrabelogung.

Inzwischen war die Spigelfrage, die in Belgien bloß eine natio- nale Bedeutung gehabt hatte, in Deutschland zu einer inter- nationalen Angelegenheit geworden. Die Schicksale des pflichttreuen Wohl- gemuth stehen den europäischen Obergang nicht schlafen. Was soll aus der Welt dann noch werden, wenn im Herzen Europas ein Spigel, der mit einer hohen staatsrechtlichen Mission betraut war, die Aus- übung derselben wie ein gemeiner Sozialdemokrat eingestuft, mehrere Tage lang hinter Schloß und Riegel gehalten und dann sans façon über die Grenze geschickt werden kann? Da hört ja Alles auf. Wer kann da noch für die Sicherheit des Staats und der Gesellschaft ein- treten.

Und er hat Recht, der Junker Bismarck, der, ein zweiter Atlas, auf seinem mongolischen Rahlshädel den Rückenbau der zivilisirten Staats- und Gesellschaftsordnung trägt: er konnte seinen Wohlgemuth nicht verleugnen. „Der Wohlgemuth — das ist das deutsche Reich! Das deutsche Reich das bin Ich! Mich habt Ihr sozialdemokratischen Schweizer persönlich beleidigt, und in Meiner Person das deutsche Reich. Indem Ihr Meinen Wohlgemuth erst einstuftet und hernach mit einem Fußtritt über die Grenze jagtet, habt Ihr das deutsche Reich, habt Ihr Mich, den großen Staatsmann, um den alle Welt mein glück- liches Vaterland beneidet, in's Loch gehperrt und über die Grenze ge- schaubt.“

Das war allerdings eine furchtbare Beleidigung, die furchtbar ge- rochen werden muß. Bismarck hat die Verhandlungen mit der Schweiz abgebrochen, wird vermuthlich seinen Gesandten aus der Schweiz ab- berufen, und vielleicht das Reisen nach der Schweiz berath erwahren, daß die deutschen Reichsbürger künftig ihre Sommerfrische statt am Genfer-, Züricher- oder Berner- oder Vierwaldstätter-See irgendwo in Sibirien abhalten müssen, welches ja auch eine schöne Gegend ist, und in Folge dessen kühlen Klimas zu Sommerfrischen sich ganz besonders eignet.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der obengereichte Rabau, den Bismarck um seines Wohlgemuth wegen in Szene gesetzt hat, auch an- dere als internationalen Spigelwecken bestimmt ist. Darüber an anderer Stelle.

Den Wohlgemuth und den internationalen Spigel dürfen wir jedoch auch an sich nicht unterschätzen. Und die Thatsache, daß Bismarck, der von unserer Bourgeoisie als der größte Staatsmann aller Völker und Zeiten gepriesene Bismarck, trotz der beispiellosen Brandmarung, welche dem Spigelthum loben in Belgien zu Theil geworden ist, sich nicht scheut, das Odium der Gemeinschaft mit Spigeln, Spigelgenossen und Spigel- patronen auf sich zu nehmen, und zur Vertheidigung der Ehre eines Spigels einen internationalen Konflikt vom Jaum zu brechen — diese Thatsache hat an sich ein so hohes politisches und kulturgeschichtliches Interesse, daß sie mit besonderem Nachdruck hervorgehoben werden mußte. Nichts kann charakteristischer sein für die sittliche Verkommenheit der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, nichts kann die Tiefe der Infamie, welche von unseren Feinden erreicht worden ist, und besser veranschaulichen. In einem Wohlgemuth das deutsche Reich, das herrschende System beleidigt! — ein Wohlgemuth mit dem deutschen Reich identifi- cirt — in solch gnißlicher Verachtung des Anstands und der Moral hatte selbst Bonaparte der Kleine sich nicht emporgeschwungen. So „herzlich weit“ hat er es nicht gebracht.

— Nicht nur unter den Vergleuten hat der große Streik in Westfalen seine Opfer gefordert, auch ein Bauer hat demselben den Verlust seiner Stellung zu verbanken.

Natürlich gilt dies nicht von dem Offizier, der in Bodum durch seinen Eifer, die „Kamille zur Nation zu bringen“, den Tod oder richtiger den Mord mehrerer friedlichen Passanten verschuldet hat. Von einer Bestrafung dieses Vurken hat man nichts gehört.

Das Opfer ist der Oberpräsident von Westfalen, von Hage- meister. Derselbe ist abgegangen worden und an seine Stelle ein Streber ersten Ranges getreten, Namens von Studt, früher im Elsaß thätig, wo er als der geistige Urheber des famosen Rahnwangs gilt.

Weshwegen Herr von Hagemeister weichen mußte? Nun, in der Bismarck'schen Reptilienpresse in Berlin hieß es erst mit bekannter Heuchelei, weil er arbeitsfeindlich aufgetreten sei. Die Geis- ladspreise am Orte selbst konnte aber mit der Wahrheit nicht hinter dem Berge halten. Triumphierend schreiben die westfälischen Fabrikanten- blätter:

„Der Grund der Abgabe wird allgemein der zweifelhaften Stellung, die Herr von Hagemeister im Beginn des Kohlenanstandes eingenommen und insbesondere der geringen Fühlung mit den Verhältnissen, die er in Beförderung der Audienz einer, wie sich nachträglich herausstellte, sozialdemokratisch angelegten Abordnung der Bergarbeiter bei Sr. Majestät betrautet, zugeschrieben. Bei Beginn des Anstandes war die öffentliche Meinung in den drei einseitigen Weise durch eine in der Presse, besonders der Herfalten, verbreitete Parteinahme für die mit einem schweren Kontraktbruch von 100,000 Vergleuten begonnene Arbeits- einstellung beeinflusst. Herr von Hagemeister, dem eine bei seiner Vergan- genheit anfallende Rücksichtnahme auf Herfalte Stimmungen während seiner weitverbreiteten Amtsführung nachgeredet wurde, zogerte nicht, sich dieser Strömung anzuschließen, bis eine unmittelbare Aufforderung des Generaldirektors Baare in Bodum, sich über seine bekannt gewordene Stellung zu erklären, ihn veranlaßte, dieselbe zu ändern und seine Abgabe als Schlichter der öffentlichen Ordnung unabweislicher, als vordem geschieden, zu betonen. Nach dem Gefallen dürfte das Land keinen Grund haben, trotz manigfaltiger dem Herrn von Hagemeister ungeliebter Verdienste, sich über seinen Mißtritt zu grämen, da die Hauptgeschäftigkeit in Föhrung der Geschäfte der höchsten Verwaltungs- einheit einer Provinz, charaktervolle Unabhängigkeit von den Strömungen, sei es aus oberen oder unteren Regionen, ihm nicht nachgerühmt werden kann.“

Das ist klar und unabweislich gesprochen: Herr von Hagemeister geht, weil er — im Zeitalter der Sozialreform — nicht arbeiter- feindlich genug gewesen. Er hat sich den Horn der Kohlen- barone ungezogen, ist bei Herrn Baare, dem Allgebetenden, in Un- gnade gefallen, und darum mußte er sein Bündel schnüren. Mit Recht werfen deutsche Arbeiterblätter gegenüber der obigen Notiz die Frage auf: wer regiert? Die Antwort lautet: der Geldsack, der Geldsack und wieder der Geldsack.

Unbezahlbar in seiner Komik ist der Vorwurf, Herr von Hagemeister sei nicht charakterfest genug gewesen! Er hat nicht nur auf Geldprogen gehört, sondern auch den Arbeitern Gehör geschenkt. Darum schnell einen Beamten her, der bedingungslos thut, was Herr Baare anordnet, der die „öffentliche Ordnung“ im Sinne des Kapitals führt! Beamte mit Handknechtsgewinnung. Das sind die „Charaktere“, die „wir“ brauchen können.

— Eine Antwort. Im Anschluß an die Meldung, daß die deutsche Regierung der Schweiz die Freundschaft gekündigt, schreibt der Berner „Sozialdemokrat“:

Wir hoffen nun, der Bundesrath und die große Mehrheit der Bundesversammlung werden die heutige Situation unseres Landes frei und frank akzeptiren, die „auswärtige Politik“, mit welcher soliel Staat getrieben wurde, auf das Nothwendigste beschränken und sich ganz unserem schweizerisch freimüthig republikanischen Wesen widmen, ohne nebensächlich zu borgen, was die Nachbarn wohl dazu sagen. Die „Nationalität“, in Basel begreift mit Recht, daß man auf uns Schweizer das bekannte lateinische Wort anwenden müsse: sint ut sunt, aut non sint (sie sollen sein wie sie sind, oder sollen nicht sein). Lassen wir daher die politische Polizei- wirtschaft der Monarchen von Gottes Gnaden, welche Thron und Altar zu verheiligen haben, und lassen wir, wie früher, allein den Anbau, das freie Land der Welt zu sein. Röge dann geschick, was da wolle; wir werden uns selbst tren gelieben sein und in Ehren für alle Zeiten leben und sterben. Dem bekannten preussischen Worte Bismarck's laßt uns das ebenso stolze Wort entgegenstellen: „Wir Schweizer fürchten

nicht auf der Welt als den mit Recht erhobenen Vorwurf, der Freiheit untreu geworden zu sein."

Was dann die "Korbb. Allg." über "blindwütigen Radikalismus" schimpfen, die Geschichte wird uns und nicht jener Stippstift den Vorwurf erheben.

Ein englisches Wort sagt: es ist nicht notwendig, zu leben, wohl aber ist es notwendig, edel zu leben.

Was wäre es, wenn der Bundesrat einen Appell an das Volk, das in einer außerordentlichen Volks-Abstimmung sich zu äußern hätte, der Bundesversammlung vorläge? Gewiß würde das Schweizer Volk eine Manifestation veranstalten, die in ihrer Größe und Begeisterung zu einem herrlichen Markstein in unserer vaterländischen Geschichte und in der Geschichte aller Völker würde. Welche bessere Vorbereitung zur That der Abwehr, die offenbar unserer wartet, welche bessere Sammlung aller Parteien und politischen Richtungen in dem Brennpunkte eines wohl begründeten Patriotismus könnte es geben?

Aber freilich; die politische Polizei müßte dabei als Sühnopfer für die Wiedervereinigung des Getrennten fallen. — Ob man sich höchsten Orts dazu verstehen könnte?

Leider nicht. Nach den neuesten Meldungen hat sich der schweizerische Bundesrat nach einigen Sperrungen bereitwillig gelassen und beschloffen, die Bundesversammlung die Schaffung einer eidgenössischen Zentral-polizei vorzuschlagen. Das ist der Tod des Asylrechts, der Tod der Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz. Es propter vitam vivendi perdere causas — und um ihr Leben zu fristen, haben sie ihre Lebensbedingungen vernichtet. Wackere Patrioten!

Der tiefe Stand des Rechtsgefühls der sog. Rechtsblätter im heutigen Deutschland wird in wahrhaft klassischer Weise illustriert durch folgende Notiz, die gegenwärtig die Runde durch die deutsche Presse macht: **Begnadigung.** Der von der Strafkammer des Landgerichts zu drei Jahren Zuchthaus wegen Sittensvergehens verurtheilte Baron von Dirling-Holmfeld, dessen Strafe im Gnadenwege in 3 Jahre Gefängnis umgewandelt wurde, ist jetzt, nachdem er die größere Hälfte seiner Strafe verbüßt hat, aus dem Gefängnis entlassen worden. Auch die Eltern des Verurtheilten wegen Bergens gegen das Sozialistengesetz verurtheilten Hagarnerarbeiters, nach dem er Dreiviertel seiner Strafe verbüßt, um gleiche Begünstigung nachgesucht. Dessen Gesuch ist aber bekanntlich abschlägig beschieden worden.

Ein Sittensvergehen, wegen dessen — und obendrein gegen einen Baron! — auf drei Jahre Zuchthaus erkannt wird, gehört zu denjenigen, die ihren Verübter als ein gemeinschädliches Individuum charakterisieren, bei dem man, wenn nicht geistige Unzurechnungsfähigkeit ihn entschuldigt, einen hohen Grad moralischer Verkommenheit voraussetzen muß. Trotzdem wird der Herr Baron in Gefängnis begnadigt, — und es wäre sehr interessant, etwas über seine Behandlung im Gefängnis zu erfahren — und kaum daß er die Hälfte seiner Strafe verbüßt, freigelassen.

Das Vergehen, wegen dessen unter Gnade Rüdelsbahn seinerzeit auf drei Jahre ins Gefängnis geschickt wurde, besteht in einer Handlung, welche auf ihren Verübter nicht den leiblichen moralischen Ruckel wirft. Im Gegentheil, es ist eine hochmoralische Handlung, denn sie ist weder durch eigennützige Motive, noch durch häßliche Lebensinsten veranlaßt worden, vielmehr einzig und allein durch Ueberzeugung, sie sei ein gutes, der Allgemeinheit nützlich Werk. Selbst wenn diese Ueberzeugung ein Wahn wäre, bliebe die Handlung doch eine hochmoralische, und dies umso mehr, weil Niemand durch sie geschädigt worden. Sie ist strafbar einzig und allein auf Grund eines Zwangsgesetzes, das geschaffen wurde, um die politische Partei, der Rüdelsbahn angehört, zu vernichten. Schon indem Rüdelsbahn diese Handlung beging, brachte er seiner Ueberzeugung ein Opfer. Er opferte Zeit und Mühe, und wußte doch, daß ihm dafür nur Vergeltung in Aussicht stand.

Diese Mann muß nicht die ihm zubilligte Strafe, und obendrein auf Grund einer ganz willkürlichen Auslegung des Willkürgesetzes unerbötlich hoch bemessene Strafe bis auf den letzten Augenblick abgeben. Keine Stunde wird ihm geschenkt. Warum? Weil er ein Mann von Ueberzeugung ist. Der Baron von Dirling-Holmfeld aber genießt alle Begünstigungen, die das Gesetz überhaupt Verbrechern seines Schlages gewährt. Warum? Weil er nur ein verkommener Wüstling ist. Die heutige Gesellschaftsordnung kann eben mit verkommenen Wüstlingen sehr wohl bestehen, nicht aber mit Männern von Ueberzeugung. Darin wird der Wüstling begnadigt, werden dem politischen Verbrecher selbst diejenigen Begünstigungen vorenthalten, welche das Gesetz sogar Spitzbuben gegenüber erlaubt.

Eine Gesellschaft, welche auf diesem Standpunkt moralischer Verkommenheit angelangt ist, ist zum Untergang reif.

Man schreibt uns: **Zur Frage der Vielkandidaturen** schreibt die Redaktion der "Berliner Volksstimme":

Die Frage der Doppelkandidaturen ist neuerdings in Parteikreisen so oft zur Sprache gekommen und so verschiedentlich beurteilt worden, daß wir kurz die unserer Erachtens einzig richtige Stellung begründen wollen. Unbedingt verwerflich erscheint uns die Auffstellung eines und desselben Kandidaten in zwei Kreisen, die beide zu gewinnen sind. Hier würde bei einem Doppelsiege eine Radwahl in einem Kreise eintreten müssen, die stets mit neuen großen Opfern verknüpft ist und die leicht gar die ersten Begehungen geschlagenen Gegner zu solcher Anspannung ihrer Kräfte herausfordert, daß der Kreis für und schließlich verloren geht. Anders steht es mit Kandidaturen in Kreisen, die vorläufig gar nicht zu gewinnen sind. Hier kann sehr oft ein Mann — auch wenn er bereits anderwärts aufgestellt ist — der empfindenswerthe Kandidat sein, weil er sich der größten Sympathien erfreut und agitatorisch am meisten zu leisten vermag. Hier hat es also gar keinen Sinn, einfach zu fragen: ist der Mann schon irgendwo nominiert — sondern maßgebend kann hier nur die Frage sein: würde ein anderer, der nur für den einen Kreis ernannt ist, die Wahlarbeit, die rednerische und schriftstellerische Agitation besser und gründlicher besorgen? Findet man einen solchen Andern, dann liegt natürlich gar kein Grund zu einer Doppelkandidatur vor und sie ist zu bescheiden. Ist ein solcher Andern aber nicht vorhanden, dann birgt es die Wahlbenennung geradezu schädigen, wenn man um der Doppelkandidatur willen auf den leistungsfähigeren Genossen verzichtet. Es ist daher gar kein Zufall, daß fast alle unsere bekanntesten Genossen in mehr als einem Kreise aufgestellt sind, und wer darin eine Verletzung eines "Prinzips" sehen wollte, müßte gerade den namhaftesten Parteifreunden die größten Vorwürfe machen. Für selbstverständlich halten wir es natürlich, daß jeder in einem freien Wahlkreise neuangestellte es den Wählern seines alten Wahlkreises noch mehr anheimgibt, wie sie bei den veränderten Verhältnissen sich entscheiden wollen und ob sie nicht einen Andern finden, der, weil er ausschließlich für den einen Kreis thätig ist, vielleicht die Sache der Arbeiter mehr zu fördern vermag. Also unbedingt keine Doppelwahlen. Und Doppelkandidaturen nur, wo für den Kandidaten kein besserer Ersatzmann zu beschaffen ist."

Dies die Notiz. Dieselbe scheint und an einem inneren Widerspruch zu leiden. Wenn die Aufstellung eines und desselben Kandidaten in zwei Wahlkreisen, die beide zu gewinnen sind, unbedingt verwerflich erscheint, dann ist es auch unbedingt verwerflich, wenn Jemand, der in einem zu gewinnenden Wahlkreise kandidiert, sich in einem anderen zu gewinnenden Wahlkreise aufstellen läßt, es sei denn, er verzichte vorher auf den ersten.

Nun macht aber die Redaktion der "Volksstimme" einen Unterschied zwischen Wahlkreisen, die zu gewinnen, und solchen, die nicht zu gewinnen sind. Dieser Unterschied ist jedoch ein rein willkürlicher, weil es kein absolut sicheres Kriterium zur Bestimmung des Unterschiedes gibt. Für ansichtslos gehaltenen Wahlkreise sind schon erobert, für höher gehaltenen schon verloren worden. Wer die Doppelwahlen auf einen Nachteil betrachtet, muß demnach konsequenterweise auch die Doppelkandidaturen verurtheilen. Allein noch ein anderes Moment fällt ins Gewicht: nämlich die Achtung vor den Wählern und vor dem sozialdemokratischen Gleichheitsprinzip. Wegen die Achtung vor den Wählern verstößt es unter allen Umständen, ihnen zuzumuthen, sich mit der Hälfte, einem Drittel, einem Viertel, oder einem noch kleineren

Bruchtheil eines Kandidaten zu begnügen. Und gegen das sozialdemokratische Gleichheitsprinzip verstößt es, wenn ein Kandidat sich für eine so große Person hält, daß er glaubt, eine Hälfte, ein Drittel, ein Viertel oder ein noch kleineres Bruchtheilchen von ihm genüge für die Wähler eines Kreises, die doch unzweifelhaft auf einen ganzen Mann Anspruch haben. Die Entschädigung, es fehle an geeigneten Persönlichkeiten, um für jeden Wahlkreis einen besonderen Kandidaten aufzustellen, verstoßt auch gegen das sozialdemokratische Gleichheitsprinzip, indem gewissermaßen eine Art parlamentarischer Aristokratie befürwortet wird. Und außerdem ist es eine Verletzung der Partei, der es wahrhaftig nicht an geeigneten Persönlichkeiten fehlt. Wäre dies der Fall, dann verzichteten wir am Besten überhaupt auf eine Vertretung im Reichstag. Wie schon wiederholt ausgeführt wurde: es braucht ja nicht jeder Kandidat ein großer Redner zu sein, und nicht von Jedem kann verlangt werden, daß er unseren erfahrenen und tüchtigsten Parlamentariern gleich sei. Die Erfahrung und Tüchtigkeit müssen übrigens auch erst erworben werden; und es liegt im Interesse der Partei, daß immer mehr neue Kräfte herangezogen werden.

Der Umstand, daß "fast alle unsere bekanntesten Genossen in mehr als einem Kreise aufgestellt sind", kann — insoweit die Behauptung richtig ist — kein ernstliches Argument zu Gunsten der Vielkandidaturen abgeben. Er beweist höchstens, daß die Anschauungen, aus denen die Beschlüsse dreier Kongresse gegen die Vielkandidaturen herorgegangen sind, von manchen unserer Parteigenossen noch nicht geteilt werden, und daß sich der Vermeidung sämtlicher Vielkandidaturen bis jetzt allenthalben praktische Hindernisse in den Weg gestellt haben. Verschiedene Doppelkandidaturen, wie z. B. die Vedels in Leipzig und Hamburg haben eine parteigeschichtliche oder traditionelle Berechtigung. Vedel kandidiert seit fast zwanzig Jahren in Leipzig, bei jeder Wahl hat er mehr Stimmen bekommen und die Zeit läßt sich abheben, wenn das Mandat der Stadt Leipzig ihm zufällt. In diese "Hochburg des Nationalliberalismus" von uns erobert, so hört die Kandidatur Vedels in Hamburg auf — das ist für die Wähler von Leipzig und von Hamburg etwas Ausgemachtes und Selbstverständliches. Sonst hat Vedel unseres Wissens jetzt keine Kandidaturen mehr. Die Doppelkandidatur Bollmards ist, wie den Lesern bekannt, schon auf Opposition gestoßen; und nach den Ausführungen der Redaktion der "Volksstimme" wäre sie ja auch unbedingt "verwerflich". Kuer, Singer, haben sich entschieden gegen eine Hebung von Kandidaturen erklärt. Liebkecht hat sogar Jähkandidaturen abgelehnt.

Sind auch die Ansichten, welche wir vertreten, noch nicht durchaus zur Geltung gelangt, so zeigt doch ein Vergleich der Kandidatenliste für die kommende Wahl mit den früheren Listen, daß die Doppel- und Vielkandidaturen bedeutend abgenommen haben. Und wir glauben sogar, ehe es zur Wahl kommt, werden noch verschiedene Doppel- und Vielkandidaturen beseitigt sein.

Die armen westphälischen Bergleute sind jetzt in der Verhandlung des "sozialen Königs". Der neue "alte Zeit" hat eine Unterbindung der Bergarbeiterverhältnisse angeordnet und zwar soll die Unterbindung amtlich vorgenommen werden. Nicht durch eine freie Untersuchungskommission, wie es in England zu geschehen pflegt, sondern auf bürokratischem Weg durch die, mit den Grubenbesitzern unter einer Decke stehenden Beamten. Der Segen kommt von Oben. Und wollen die Arbeiter sich selbst helfen, so sind sie Rebellen oder Sozialdemokraten und dann kommt der Moment, für welchen das kaiserlich-königliche Wort gesprochen war:

"Ich lasse Alles über den Haufen schießen!"

Ein ländliches Sittenbild, an dem Herr Schäffle seine helle Freude haben muß, macht die Runde durch die deutsche Presse. Es lautet:

Ein Majestätsbeleidigungs-Prozess, wie er in den Jahrbüchern der Rechtspflege kaum jemals verzeichnet worden ist, kam am 10. d. M. vor dem Landgericht zu Rosenberga in Westpreußen zur Verhandlung. Angeklagt war der 70-jährige Bauer August Heßiger Behrendt aus Betschewen im Kreise Stuhm, der sich jedoch schon längst auf sein Alibi zurückgezogen hatte. Denunziant war der eigene Sohn der Beschuldigten, der die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet hatte, nachdem der alte Vater eine Klage wegen vorenthaltenen Leidgebotes gegen ihn angestrengt hatte. Der brave Sohn hatte zunächst einem Tagelöhner und einem Knechte je einen Scheffel Roggen versprochen, wenn sie die Denunziation gegen seinen Vater einzulegen würden, aber beide hatten das Annehmen ihres Gutsherrn mit Entrüstung zurückgewiesen. Obwohl der Vorsitzende des Gerichtshofes den jungen Behrendt aufmerksam machte, daß er sein Zeugnis verweigern könne, beharrte dieser dennoch darauf, gegen seinen Vater zeugen zu wollen. Der Angeklagte wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt.

Wesh prächtiger "antikollektivistischer Bauernschädel" zeigt sich da unserm geistigen Auge! Ein Sohn, der seinem siebenjährigen Vater das Alibi vorenthalte, und ihn — wahrscheinlich um ihn nicht erdrehen zu müssen — dem Staatsanwalt denunziert! Der wird die "Heiligkeit des Eigentums" mit Rögel und Jähnen verteidigen, der ist eine Säule für Thron, Altar und Welt, wie unsre, von den bösen Kommunisten unterworfene Epoche, sie besser nicht finden kann.

In dieser Erwägung zweifelsobne haben wohl auch die Herren Richter auf die Denunziation dieses Sohnes hin den 70-jährigen Mann wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt!

Hatte er etwa im Jörn seinen Sohn gefragt, ob er die Ausübung des vierten Gebotes vom deutschen Kaiser gelernt hat?

Ebenfalls ein bezeichnendes Sittenbild vom Lande, wo nach dem Geschwände der Reaktionen aller Schattierungen die wahre Tugend und Sittlichkeit herrschen soll, während die großen Städte die "Bruststätten aller Laster" seien, ist folgende Notiz, die wir jüngst in der "Frankfurter Zig." fanden:

Aus Württemberg, 15. Mai. Die in einem Walde bei Wolmshausen, bezw. bei Neuhof ermordet gefundene Franzosenperson ist als die 7-jährige Dienstmagd Rosine Stark erkannt worden. Die Leiche war fürchterlich verhämmert und zeigte nicht weniger als 47 Stichwunden; die Hirnhäute war vollständig zertrümmert. Die Annahme, daß ein Aufmord vorlag, bestätigt sich nicht, die That erscheint vielmehr als planmäßig ausgeführte Ermordung eines Doppellebens. Die Getödtete befand sich im 6. Monat der Schwangerschaft. Verhaftet als muthmaßlicher Thäter wurde ein reicher Bauernsohn, welcher mit der Dienstmagd ein Liebesverhältnis unterhalten hatte. Weil er sein Geheiß nicht halten wollte, suchte er die ihm lästig gewordene Geliebte aus dem Wege zu schaffen und lauerte ihr auf dem Heimweg auf."

Schlechte Subjekte gibt es überall, in der Stadt wie auf dem Lande, aber Hohn und Eigennutz zeigen sich auf dem Verstecken in noch viel abstoßender Gestalt, zeitigen viel schändlicherer Handlungen als in der Stadt, selbst dem der "antikollektivistische Bauernschädel" die Reste des alten Kommunismus vernichtet hat.

Auf unser bereits erwähntes Antworts-Büchlein auf das Manifest der sozialdemokratischen Föderation Englands veröffentlicht G. M. Dondman in der neuesten Nummer der "Justice" eine Entgegnung, die wenig sein soll, aber hinter deren Wänden nur der Verdacht heranschaute, daß alle Verdächtigungen und Verläumdungen der "Marristen" nichts genutzt haben, und der von den Vereinigten Sozialisten einkaufene Internationale Kongress die übergroße Mehrheit der Sozialisten aller Länder bereits hinter sich hat. Unter diesen Umständen wäre es Selbstverweigerung, auf die falschen Unterstellungen des Markwerts näher eingehen zu wollen. Die einzige Behauptung, die der Widerlegung werth wäre — das nämlich die Unterdrückung von zwei Sozialisten unter das Marristische Büchlein ohne deren Einwilligung geschehen worden wäre, wird durch die Betreffenden in der "Justice" selbst als unwarh zurückgewiesen werden.

Verschiedene Gründe lassen es uns zeitgemäß erscheinen, hier den Schluß unserer Vorkämpfe abzurufen, den wir in Nr. 48 vor. 38. dem Londoner Gewerkschaftskongress widmeten.

Nachdem von der Union der englischen Gewerkschaftsführer in Bezug auf den "alleinigmachenden Traditionsismus" gesprochen worden, heißt es dort weiter:

"Sie von dieser zu befehlen, d. h. diejenigen unter ihnen, die überhaupt zu befehlen sind, die nämlich kein materielles Interesse haben, sich nicht befehlen zu lassen, sie von der Nothwendigkeit zu überzeugen, die Mitwirkung des Staats für die Hebung der Arbeiterklasse in Anspruch zu nehmen, nicht bloß eine ökonomische, sondern eine soziale, d. h. politische und ökonomische Interessenpolitik zu treiben, dieser seiner Hauptaufgabe ist der Kongress nicht gerecht geworden. Damit machen wir den Einzelnen seiner Theilnehmer keinen Vorwurf, es ist das die Folge des ganz verkehrten Arrangements. Als die prinzipiellen Fragen zur Debatte kamen, war es zu einer eingehenden Auseinandersetzung zu spät, die Geister für eine friedliche Diskussion schon zu erregt. Man konstatirte eigentlich nur noch die Gegenläge, aber man ging nicht auf die gegenseitige Argumentierung ein. Hier machte sich das Fehlen der Deutschen vielleicht am Empfindlichsten bemerkbar. Die Engländer leben in dem Glauben, sie allein hätten in Bezug auf das Gewerkschaftswesen ersthabte Erfahrungen hinter sich, und in Belgien, Frankreich, Holland etc. ist die Gewerkschaftsbewegung allerdings viel zu jung, um erfolgreich gegen die Erfahrungen der Engländer ins Feld geführt zu werden. Deutschland aber blickt auf zwanzig Jahre gewerkschaftlicher Organisationsarbeit, Deutschlands Arbeiter haben wiederholt gezeigt, daß sie das Koalitionsrecht trefflich auszunutzen verstehen und ihm die besten Erfolge abzurufen wissen, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt erreichbar sind, von deutscher Seite konnte den Engländern nachgewiesen werden, daß, wenn sie sich hartnäckig gegen Arbeiterhülfsvereine auflehnen und so die Ursache sind, weshalb auch auf dem Festland die Bewegung dafür fruchtlos bleibt, sie zugleich sich damit ins eigene Fleisch schneiden, sich und ihren festländischen Brüdern zum Fluch werden. Von deutscher Seite konnte den Engländern der Beweis geliefert werden, daß man die gewerkschaftliche Organisation mit Ernst und Eifer betreiben und doch überzeugter Kämpfer des Sozialismus sein kann. Von deutscher Seite konnte den Engländern an der Hand reicher Erfahrung gezeigt werden, daß es heute überall dieselben Verhältnisse sind, die gewerkschaftliche Erfolge erzielen, und daß es daher ganz verfehlt ist, sich auf die Besonderheit ihres Landes, die doch mit jedem Tage mehr verschwindet, stützen zu wollen. Nicht die geographische Größe Deutschlands, die Rolle, die es heute auf dem Weltmarkt spielt, hätte es einseitigen Arbeiterführern zur Pflicht machen müssen, Alles anzubieten, alle denkbaren Konzeptionen zu machen, eine entsprechende Vertretung der deutschen Arbeiter zu ermöglichen. Daß sie es nicht thaten, beweist, wie wenig die maßgebenden Elemente unter den englischen Trades-Unions ihre Zeit und deren Erfordernisse verstehen. Daß es ein Land gibt, in dem eine gesetzliche Grenze des Arbeitstages festgesetzt und ohne Schaden für die Arbeiter durchgeführt worden ist, trotz der ungünstigen handelspolitischen Lage dieses Landes, und daß die Arbeiter dieses Landes keineswegs durch dieses Gesetz an ihrer Unabhängigkeit eingebüßt haben, scheint ihnen ganz unbekannt zu sein.

Nun, hat der Kongress ihnen auch nicht in dem Maße die Augen geöffnet, als es wünschenswert gewesen wäre, so wird er ihnen doch manche heilsame Lehre gegeben haben. Er hat ihnen gezeigt, daß ein neuer Geist in der organisierten Arbeiterchaft Einzug gehalten, gegen den die engbrüsterlichen Vorurtheile, die kleinliche und peinigliche Vuchstabenreiterei keinen Schuß gewahren. Die Fluth steigt langsam aber sicher herauf, schon wappelt sie ihre Knöchel, bringt sie ihnen bis an's Knie. 11 Sozialisten gegen 30 bis 40 antisozialistische Delegirte englischer Gewerksvereine — das hätte noch vor einigen Jahren kein Mensch vorangesehen. Wer wenn die Fluth im Steigen ist, dann gibt es kein Aufhalten. Immer höher schwillt sie an, immer mächtiger umranken ihre Wogen die Verblendeten, die sich einbilden, sie ignorieren zu können. Wer nicht sehen will, muß fühlen.

Wir Sozialisten haben kein Interesse daran, daß der Kampf zwischen den verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung zu nutzloser Verzettelung der Kräfte führt. Wo gemeinsame Arbeit möglich, da soll sie auch mit Angebot aller Kräfte erstrebt werden. Drei internationale Kongresse sind bereits für das nächste Jahr angefangen. Finden sie wirklich getrennt von einander statt, so wird keiner der ihm gestellten Aufgabe gerecht werden. Deshalb gilt es, dahin zu arbeiten, daß das Jahr 1889 in jeder Hinsicht das gut macht, was 1888 verfehlt wurde, und die Vertreter der Arbeit in einer, der Bedeutung der Arbeiterbewegung entsprechenden Zahl bestimmen sieht — kein Rand bevorzagt, kein Land unvertreten."

Deutschlands ist gewiß alles gegeben, dieses Ziel zu erreichen.

Woran soll man sich da halten? Wir haben in voriger Nummer den Beschluß der dänischen Genossen, keinen der beiden internationalen Kongresse zu besuchen, besprochen und dabei eines Briefes des Possibilistischen Komite's an das dänische Parteikomite erwähnt, worin der von der Haager Konferenz aufgestellten Forderung der Souveränität des Kongresses ziemlich weitgehende Konzessionen gemacht wurden. Dieser Brief ist geschrieben in der letzten Hälfte des Monats Mai und in der Sitzung des Komite's der Possibilisten vom 25. Mai ausdrücklich bestätigt worden.

Nun, im Pariser "Temps" vom 11. Juni lesen wir, daß der Sekretär des Komite's der Possibilisten, A. Lavo, der zusammen mit J. Joffrin auf die Redaktion dieses Blattes gegangen war, um sie über die Streitpunkte zwischen beiden Kongressen aufzuklären, dort erklärt hat:

Sie (d. h. die Teilnehmer an der Haager Konferenz) verlangten, daß der Kongress mit Bezug auf die Tagesordnung und die Präzisierung der Mandate souverän sei. Darauf konnten wir nicht eingehen, denn die Forderung ist durchaus antisozialistisch. Man sieht, ein ewiges Hin- und Herwinden statt einer bestimmten zuverlässigen Erklärung.

Das "antisozialistische" der Forderung soll darin bestehen, daß dadurch die Stellungnahme zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung in die Hände der Delegirten gelegt werde, statt in die ihrer Mandatgeber. Das ist eine bloße Ausflucht. Niemand verbietet den letzteren, ihren Delegirten in Bezug auf die einzelnen zu verhandelnden Fragen ganz bestimmte Instruktionen mitzugeben; die Forderung der Haager Konferenz bezog sich nicht hierauf, sondern auf das Recht des Kongresses, seine inneren Angelegenheiten selbstständig zu regeln, statt sich die Art der Regelung von den Einberufern vorschreiben lassen zu müssen. Außerdem aber liegt es in der Natur der Sache, daß einem unter solchen Umständen zusammengetretenen Kongress das Recht vorbehalten bleiben muß, eine allseitig für dringend erachtete Frage der Tagesordnung hinzuzufügen. Jedenfalls hat nicht eine einzelne Nationalität das Recht, darüber zu entscheiden.

Die Possibilisten maßen sich dieses Recht an auf Grund ihres Londoner Mandates. Nun sind wir aber von einem Genossen darauf aufmerksam gemacht worden und haben uns durch Nachlesen der Tagesprotokolle von der Richtigkeit dieser Angabe überzeugt, daß die Possibilisten in London einen ganz andern Standpunkt vertraten, als sie jetzt einnehmen. Da erklärten sie gleich am ersten Tage, daß sie in Frankreich in Bezug auf Internationale Kongresse den Grundsatze befolgen, in dem Augenblick, wo ein solcher zusammengetreten, sofort alle Vollmachten in seine Hände niederzulegen. Und der Delegirte, der diesen Standpunkt mit großer Euphorie vertrat, hieß — A. Lavo.

Wir stellen das fest, um zu zeigen, ein wie doppelzüngiges Spiel auf der andern Seite getrieben worden ist. Wir könnten die Beispiele noch um eine ganze Reihe vermehren, unterlassen es aber, da es uns nicht um persönliche Streitereien zu thun ist, sondern nur darum, zu zeigen, auf welcher Seite das Recht ist.

Dem Eiberfelder Prozeß, schreibt man uns, ist Alles still; er scheint seinen Ausführlern schwer im Magen zu liegen. Im Rheinland, wo das französische Gerichtsverfahren noch nicht ganz ausgerottet ist, kann das Geleß nicht so leicht gebogen werden wie in den Provinzen, welche mit dem rein deutschen Gerichtsverfahren beglückt sind. Tiefes Jankel liegt über der ganzen Sache; es ist noch nicht einmal bestimmt, ob und welche Anklage erhoben wird; gewiß ist nur, daß der Anklage-Antrag des Staatsanwalts bei den rheinischen Richtern arges Kopfschütteln hervorgerufen hat. Und man denke: im März des vorigen Jahres, also vor fünf Vierteljahren, fanden die Verhandlungen statt, aus welchen dieser Prozeß herorgegangen ist."

Selbst ist bekannt geworden, daß die Kammer des Eiberfelder Landgerichts nahezu die Hälfte der vom Staatsanwalt Ange-

Angen außer Verfolgung gesetzt hat. Da damit das gloriose Werk unverhältnismäßig an Großartigkeit einbüßen würde — man denke, es fielen Jemand ein, den Gießturm um die Hälfte zu verkleinern — so wird der brave Staatsanwalt wohl gegen diesen Beschluß beim Oberlandesgericht in Bln Beschwerde einlegen — in der Quantität liegt die Qualität der Auflage.

Diejenigen, welche sich darauf freuten, das Konstrukt in öffentlicher Verhandlung bewußt zu können, werden sich daher noch etwas gedulden müssen.

**Auch eine Motivierung.** Als am 19. Mai bei der Beerdigung des Genossen Georg Stöckel in Mainz Genosse K. Konrad am Grabe einige Worte zum Andenken des Verstorbenen sprach, erklärte der überwachende (1) Beamte, Polizeikommissar Kammersdorff, plötzlich auf Grund des Schandgesetzes, die Versammlung für aufgelöst. Konrad legte Beschwerde ein und erhielt unter Nr. 3. Juni folgenden wunderbaren Bescheid:

„Die Auflösung findet ihre Begründung in den aufreizenden Worten, die gesprochen wurden, insbesondere in den Ausführungen Ihrer Rede, daß jeder, der für Friede, Freiheit und Recht kämpft, in dem Gefängnis seine Heimat finde, worin sozialistische, gegen die bestehende Staatsordnung gerichtete Bestrebungen im Sinne des § 9 des Sozialstrafgesetzes zu erlöschen sind.“

Die Vogtliche Begründung ist so überwältigend, daß selbst der kleine Kammerrichter nicht an Kraft nimmt, daß das Schandgesetz nicht von gegen die bestehende Staatsordnung, sondern von „auf den Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichteten Bestrebungen“ spricht. Um solche Subtilitäten kümmert sich ein großer Geist nicht. „Zweimal zwei ist so um fünf herum,“ sagte der Spitzbube und steckte sechs Öhringe in die Tasche, nachdem er für zwei Paar den Kaufpreis erlegt.

Die Strafkammer des Landgerichts Hamburg hat die Verfolgung des Redakteurs des Hamburger „Echo“, der den Bericht der „Freiwilligen Zeitung“ über die Andienz der streikenden Bergleute beim deutschen Kaiser abgedruckt hatte, abgelehnt. Sie fand in der Wiedergabe der Kaiserlichen Worte keine *in die Tat umgesetzte* Verurteilung, höchst merkwürdig. Diese Strafkammer scheint also wirklich der Ansicht zu sein, daß nicht die berühmten Worte: „Ich lasse Alles über den Haufen fahren“, berichtet hat, die Majestät beleidigt hat. Wer muß es denn wohl gewesen sein?

Für die achtstündige Schicht in den Bergwerken ist gelegentlich des westphälischen Bergarbeiterstreiks ein Hochmann, Franz von Kälha, leibhaftig vom **Unternehmerstandpunkt** aus eingetreten. Dieser Mann der Praxis, der sich, wie die „Frankf. Ztg.“ schreibt, durch seine hervorragenden Leistungen im Eisenbahnbau (Semmering) einen europäischen Ruf gemacht hat, in den 60er Jahren die eisernen Kohlengruben in Braunschweig so leitete, daß deren lohnender Verkauf möglich wurde, eine Zeit lang dem hiesigen Handelsministerium angehörte und gegenwärtig als Dozent am Wiener Polytechnikum wirkt, führte in der Wiener „Neuen Freien Presse“ aus, daß praktische Experimente bei Tunnelbauten bewiesen hätten, daß achtstündige Schichten finanziell vorteilhafter seien als eine zwölfstündige. Bei letzterer fahre auch die kaufmännische Ausnutzung der Gruben schlechter. Der Kalendertag werde dabei in zwei Schichten geteilt; weil aber ein Arbeiter erfahrungsgemäß vor Ort kaum zehn Stunden erfolgreich hantieren könne, so entstünden sogen. „Jobber“, d. h. unangenehme Zeiten, und der Kalendertag werde oft bis zu 67 Pct. ausgenutzt, während seine Ausnutzung bei der Einführung drei achtstündiger Schichten bis zu 97 Pct. steige. Dazu komme, daß die Belegschaft bei stottem Abzug ausnahmsweise überhöhten müße liefern können; bei 12stündiger Schicht sei dies „physikalisch unmöglich“, bei 8stündiger recht wohl. Grundsätzlich die Physiologie, daß jede Gewerksarbeit, die über 8 Stunden dauere, auf Kosten des Arbeiterkörpers gehe, so daß mit der Zeit die Leistungsfähigkeit der Belegschaft zum Schaden des Unternehmers, der gegen alle bei weiser Ausnutzung der Arbeitskräfte zu beobachtenden Grundsätze handle, abnehme. „Daher kann der Bauherr“, sagt Kälha, „keinen materiellen Schaden haben, wenn er dem mit sehr schwerer Arbeit beschäftigten Bergmann die 8stündige Schicht bei gleichem Gehaltsangebot einräumt. Bei diesem gleichen Gehaltsangebot wird der mittlere Arbeiter erfahrungsgemäß und ohne Schädigung der Produktionskosten sogar zu höherem Tagelohne gelangen, denn seine Kräfte sind, populär gesprochen, frischer.“ Selbstverständlich müße die achtstündige Schicht da, wo längere Arbeitszeit geherrscht habe, mit den nötigen Nebenarbeiten eingehängt werden.“ Die wichtigsten Ausführungen des berühmten Hochmannes zu der hochaktuellen Frage, so schreibt die „Frankf. Ztg.“, der wir diese Notiz entnehmen, „haben natürlich hier nur sehr unvollständig wiedergegeben werden können. Hoffentlich genügt aber diese Anekdote, um die Aufmerksamkeit der Unternehmungsbehörden in Westphalen auf den Wert praktischer Erfahrungen solcher Männer hinzuweisen, die etwas mehr außerhalb des Interessententums der Beteiligten stehen, als die Beamten und Techniker im normalen Streikgebiet.“

Mit dem Weiteren kann man natürlich nur einverstanden sein. Was die Kälha'schen Ausführungen anbetrifft, so sprechen sie, obwohl sie nur von Vorteilen der Unternehmer bei Einführung der Achtstündigen Schicht sprechen, doch keineswegs gegen dieselbe, was die Interessen der Arbeiter anbetrifft. Sie beweisen allerdings, daß die Ausdehnungsfähigkeit der Arbeitskraft bei kürzerer Arbeitszeit noch erhöht wird — ein Gedanke, den wir übrigens nicht hervorgehoben haben, aber dieser Umstand wird durch die wohltätige Wirkung derselben auf die sozialen Verhältnisse der Arbeiter ausgeglichen. Die Verkürzung der Arbeitszeit heißt weder Verminderung der Produktion, noch Verschlechterung der Lage der Arbeiter; sie heißt freilich auch nicht Lösung der sozialen Frage, aber sie heißt einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Emanzipation des Proletariats.

**Nationalliberale Wohlthaten.** Wir lesen in der „Frankfurter Ztg.“:

Während des Bergarbeiterstreiks ist oft von der Notwendigkeit der Errichtung sog. Belegschaftsausschüsse nach Dechelhäuser'schem Rezept gesprochen worden, welche die Fühlung zwischen Unternehmer und Arbeiter vermitteln sollen. Wir haben von vornherein größeren Wert auf eine staatliche Inspektion der Bergarbeiterverhältnisse gelegt und finden jetzt im Organ der sächsischen Bergleute, dem zu Wieslau erscheinenden „Glückauf“, eine Kritik des Auswahlsprojekts vom Arbeiterstandpunkte, die als Beitrag zur schwierigen Frage wiedergegeben werden soll. Es heißt da:

Der Bergmann, der einem bestimmten Unternehmer gegenüber, auf dessen Werte er selbst beschäftigt ist, die Rechte der Belegschaft vertreten soll, läuft Gefahr, jedesmal dann, wenn er die Rechte seiner Auftraggeber auch wirklich wahrnehmen will, einfach die Abkehr, sei es mit, sei es ohne Kündigung, zu erhalten. (Man vergl. die neuesten Maßnahmen in Westfalen. Red. d. „Frankf. Ztg.“) Unter ihm steht dann nicht eine wirklich organisierte Arbeiterschaft, sondern eine häufig durch den Zufall zusammengewürfelte Belegschaft, die ihn bald vergessen haben wird. Wer aber dieser Gefahr aus dem Wege gehen will, der wird gerade so gut schließlich die Interessen des Unternehmers allein wahrnehmen, wie das Dechelhäuser'sche „Veltchen-Kollegium“. Den Arbeiter schämen kann allein eine große, wenn möglich alle Belegschaften des Berges umfassende Organisation, die schon durch ihr Dasein, dadurch, daß 100—200,000 Bergleute hinter ihnen stehen, ihren Beauftragten ein ganz anderes Selbstvertrauen auf den Weg gibt, ein ganz anderes Gewicht verleiht, als es jemals eine kleine Belegschaft vermag. Ist das richtig, dann handelten die Werke von ihrem Standpunkte aus außerordentlich kurzfristig, als sie die Belegschaftsausschüsse ablehnten. Hätten sie doch mit der ganzen Organisationsbewegung auf Jahre hinaus zertrümmert oder doch wenigstens kalt stellen können.“

In den Streik der Bergleute scheint also die Stimmung gegen die Arbeiterausschüsse zu sein, wenn sich nicht Stimmen von anderer Seite erheben. Sehr interessant ist die Bemerkung über das Verhalten der Werke, deren Stellung zum Projekt durch den bekannten Bergassessor Krabiel zum Ausdruck kam: „So die „Frankfurter Ztg.“ Wir wollen heute auf die Frage selbst nicht weiter eingehen, sondern konstatieren nur, daß auch hier wieder aus der Mitte der Arbeiter heraus erklärt wird, daß nicht die *Halbheit* klümmert, als das Richtige — eine Erkenntnis, der gerade die „Frankfurter Ztg.“ sich nicht verschließen kann.

**Heber den „Chrenmann“ Raaf,** dessen „mehrererbietige Behandlung“ Seitens der Schweizerischen Behörden, mit den Anlaß gab zum Selbstzug wider das „wilde Land“, schreibt man uns neuerdings aus Gera, daß dieser Repräsentant deutscher „Zivilisation“ bereits wegen Brandstiftung vier Jahre im Zuchthaus gesessen. Er hatte das Feuer angelegt, nachdem er massenhaft Flosch „zur Aufertigung von Leinwand“ bezogen, denselben aber, um sein Zummelweiden führen zu können, verfilbert hatte. Er ist ein Lump, der sich überall vordrängt und Betrügereien verübt, wo er nur kann.“

Mit einem Wort, er ist der Sympathie der deutschen Spitzelrichter voll und ganz.

**Deutsche Treue.** In einem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Wettinerfeier in Sachsen heißt es wörtlich:

„Es kann nicht unsere Aufgabe sein, an dieser Stelle die Neugierlichkeiten des Festes zu würdigen; und bewegt vornehmlich der geistige und sittliche Inhalt desselben: die herrliche Bewährung der monarchischen Idee, die Einheit von Herrscherhaus und Volk in Folge der beide Teile umschließenden Liebe und Unentwegten, in guten wie in bösen Tagen bewährten deutschen Treue.“

Hierzu bemerkt die „Frankf. Ztg.“: „Sollte das Kanzlerorgan nie von einer gewissen Leipziger Adresse aus dem Jahre 1866 gehört haben, in der sich die „deutsche Treue“ zur Blüte der Bitte um Annexion durch Preußen entfaltet? Das war doch auch eine herrliche Bewährung der monarchischen Idee und eine Bekräftigung der „Einheit von Herrscherhaus und Volk“, die sich Festredner dieser Tage nicht entgehen lassen sollten.“

Gut gegeben.

**Schweiz.** Am Pfingstsonntag fand in Zürich eine **Delegiertenversammlung der Schweizerischen Arbeiterschaft** statt, die von 11 Delegierten aus allen Teilen der Schweiz besucht war und eine Reihe höchst wichtiger Beschlüsse faßte. Als die für unsere Leser wichtigsten heben wir folgende hervor:

„In der Meinung, daß ein eidgenössisches Gewerbesgesetz noch lange auf sich warten lassen werde, und daß ein solches ganz leicht im Vergleich zum eidgenössischen Fabrikgesetz vielen Arbeitern Nachschritte bringen könne, spricht sich die Versammlung für baldige **Erweiterung des Fabrikgesetzes** durch einmütige Annahme nachstehender Resolution aus:

1. Eine Erweiterung und Vertiefung des Fabrikgesetzes, Ausdehnung desselben auf weitere Gewerbe, Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages, Einschränkung der Bewilligung von Überarbeitzeit, Aufstellung von Normal-Reglementen, welche von der behördlichen Genehmigung der Arbeiterschaft zur Meinungsbekundung und Antragstellung zu unterbreiten sind, Festsetzung eines Preisverhältnisses für Schadenersatzforderungen und andere Lohnabzüge, Bestimmungen über die Verwaltung der Fabrikrenten und das Versicherungswesen überhaupt u. s. w., höheres Strafmaß gegen Geheimes Verleihen, achtstündige Lohnzahlung in Baar ohne Skonto, überhaupt schärfere Vollziehungsbestimmungen, speziell Vermehrung der Fabrikinspektoren und bessere Organisation des Zollzuges ist zum absoluten und dringenden Bedürfnis geworden.

2. Das Zentralkomitee des Genossenschafts ist beauftragt, ein Programm auszuarbeiten, daselbe einer Kommission, in welcher alle hauptsächlichen Arbeiterorganisationen vertreten sind, zur definitiven Beratung und Feststellung zu unterbreiten und beförderlich benötigte Gesetze und Petitionen an die zuständigen eidgenössischen Behörden gelangen zu lassen.

Der geplante **Auslieferungsvertrag** zwischen der Schweiz und Oesterreich fand einmütige Verurteilung. Folgende Resolution gibt der Auffassung der Versammlung Ausdruck:

1. Die heutige Delegiertenversammlung Schweizerischer Arbeiterorganisationen konstatiert, daß seit dem Jahre 1828, in einer Zeit, da die liberalen Parteien noch um die Herrschaft kämpften und Ausweisungen und Auslieferungen riskieren mußten, in alle Verträge der Schweiz mit anderen Staaten betr. Auslieferung von Verbrechern die Bestimmungen aufgenommen worden ist, daß für politische Verbrechen und Vergehen eine Auslieferung nicht stattfindet.

2. Sie konstatiert, daß dieselben liberalen Parteien heute, wo ihre politischen Gesinnungsgenossen politische Verbrechen zu begehen und wegen solcher ausgeliefert zu werden, nicht mehr in der Lage sind, wo vielmehr dieses Schicksal höchstens den im Kampfe stehenden Angehörigen der sozialen Parteien bevorzugen kann — auf die Nichtauslieferung politischer Verbrecher verzichten wollen.

Der projektirte Vertrag mit Oesterreich kommt einem solchen Verzicht gleich:

a) indem er statt einer positiven Unterjagung der Auslieferung in solchen Fällen nur sagt, es bestehe keine Verpflichtung zur Auslieferung,

b) die Auslieferung nicht verweigert wird, wenn die strafbare Handlung, welche dem Auslieferungsbegehren zu Grunde liegt, nach den Gesetzen des um die Auslieferung angegangenen Staates, den Tatbestand eines gemeinen Vertriebs begründet,

c) seine genügenden Garantien geboten werden, wonach der wegen sog. konsumer oder komplexer Delikte Ausgelieferte nicht auch wegen des politischen Vergehens selbst strafrechtlich verfolgt und abgeurteilt werde,

d) der im Vertrag mit Oesterreich enthaltene Verzicht auch in kurzer Zeit den übrigen Staaten wird zugestanden werden müssen.

3. Sie protestiert gegen dieses Vertragsprojekt als der Regierung unzuverlässig, erwidert dessen verschiedene und einstimmige Ablehnung seitens der eidgenössischen Räte und weist darauf hin, daß dasselbe geeignet ist, die durch die Angelegenheiten der politischen Polizei in weiten Volkskreisen bereits vorhandene Ablehnung wesentlich zu vergrößern und zu vertiefen.“

**Rumänien.** Unter dem Titel **Rumänischer Konstitutionalismus** schreibt Genosse Madex (Jassy) der Wiener „Gleichheit“ über zwei jüngst in Rom an stattgehabte Nachwahlen, die beide mit der Niederlage des sozialistischen Kandidaten endeten; in dem zweiten Wählerkollegium hatten die Reaktionskräfte freilich trotz aller Gewaltthaten und Wahlbetrügereien eine Majorität von nur drei Stimmen. In der acht Tage später stattgehabten Wahl im dritten Wählerkollegium siegten die Reaktionskräfte mit 29 Stimmen gegen 28 Stimmen, die auf den Sozialisten W. G. Morgun entfielen.

Aber wie hat der Telemann, der wädrere Präfect von Roman, schreibt Madex, diesen großen Sieg vorbereitet? Die Methode ist einfach ruffisch. Telemann jagte alle Unterbeamten, die nicht blindlings den Befehlen gehorchten und die Gesetze mit ihnen treten wollten, davon. Dann fing die Verfolgung ohne Rest und Mitleid gegen die sozialistischen Bauern an. Man verhaftete drei Bauern von Dighiridien (Günzen), weil die Polizei erfuhr, daß sie bei Morgun waren. Dem N. Stojka Lungu rissen die Polizeibüttel ein Ohr ab.

Man verhaftete einen Bauern von Potesti aus demselben Motiv und die Polizei sperrte ihn für drei Tage ein.

In Potesti wurden elf sozialistische Wähler verhaftet ohne jeden Grund und nach der Wahl freigelassen.

Dem Bauer P. J. Gekete von Adjuden sagte der Unterpräfekt: „Es wäre viel besser für dich, einen Menschen ermordet zu haben, als bei W. G. Morgun gewesen zu sein.“ Vor der Wahl wurden hier 10 sozialistische Bauern verhaftet. Aber bei Adjuden siegten die Sozialisten trotz aller Maßregeln... freilich: hier, wie überall, wo wir siegten, wurde die Wahl annulliert, obgleich das Gesetz Niemandem das Recht gestattet, die Delegiertenwahlen zu annullieren; nur das Parlament kann über diese Wahlen urtheilen. Aber dem Telemann verursacht die Konstitution sehr wenig Kopfschmerzen.

In Dolschschin wurden fünf Sozialisten verhaftet und das Dorf wurde mit Militär besetzt.

In Potesti wurden vier Sozialisten verhaftet und, weil wir siegten, die Wahl annulliert.

In Dolschschin schlugen der Bürgermeister und der Dorfschreiber (die Dorfschreiber sind fast alle sehr feindselig gegen die sozialistische Bewegung, daselbe gilt für die Geistlichen. Es gibt Ausnahmen, ebrliche Ausnahmen, aber leider sehr wenig) den sozialistischen Bauer Janusch Tamafsch halb todt; der Mensch ist noch heute krank und vielleicht wird er bald

sterben. Den Genossen Kazimir Putnavin schlugen sie schrecklich, weil bei ihm einige Nummern von „Tschicolni“ und Stimmzettel gefunden wurden.

In Baleni war der Sieg sicher für uns, aber der Bürgermeister unterbrach ungegrißlicherweise die Wahl und von Baleni wurden keine Delegierten geschickt.

In Saboani wurde die Wahl unter militärischer Besetzung vorgenommen.

In Baluschschin siegten die Sozialisten. Aber der Unterpräfekt B. Schora verhaftete einen der erwählten Delegierten Janusch Simon und schlug ihn so schrecklich, daß er todkrank ist. Andere sechs Delegierte wurden später verhaftet und schrecklich gemartert, drei sind in Lebensgefahr. Die Wahl wurde natürlich annulliert.

In Bara verhaftete man den Genossen B. Dimitriu. Der Bürgermeister kontrollierte stets die Abstimmung, und wenn ein Bauer einen Stimmzettel für uns in den Stimmkasten warf, nahm der lange Bediente Telemann's die Fänge und schickte den unreinen Jettel heraus!

In Roman selbst verhaftete Telemann vier Wähler und einen der Kandidaten und hielt sie bis nach der Wahl fest. Der Vorsitzende kontrollierte die Abstimmung.

Sie haben nun, glaube ich, ein nettes Bild, wie man bei uns den politischen Kampf vertritt: die schrecklichsten Wahlbeeinträchtigungen, und wenn trotz alledem die Sozialisten siegen, die Wahlen annulliert. — Ich hoffe, Sie finden es gar nicht so außerordentlich, daß Morgun nur 28 Stimmen erhielt.

Vielleicht habe ich gemeldet, daß der Reichsbozar Sandu Kischlana bei der Wahl vom 14. bis 26. Oktober 1888 in Baslau mit einer Bande den liberalen Kandidaten Radu prügelte. Die Gouvernementsstellen wollten keine Untersuchungskommission für Baslau nennen und Sandu Kischlana wurde als Abgeordneter proklamirt. Seit einigen Tagen ist Kischlana todt in Folge der erlittenen Mißhandlungen. Die Parlamentar-Enquete für das III. Kollegium von Baslau wird zeigen, was mir und dem Genossen Misse vordereitet wurde.

Das junimittliche (Neukonservative) Kabinet hat dem Kabinet Ladac Catardblu Blay gemacht, aber Telemann und Sandu Kischlana bleiben weiter, und Sie werden die Sache ganz in der Ordnung finden.“

## Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einsendungen eingetroffen aus: Braunschweig (für vorige Nummer leider zu spät), Ghar, Essen, Nürnberg, Sideny, Stuttgart.

der Expedition: = D. St. Fluntern: Fr. 2. — Ab. Jani, Juli, August erh. =

Dante: Nachr. v. 12. am 14/6 hier u. Ab. geord. Beif. d. d. v. wendet. — Harry W. Sideny: Zbl. v. Bd. 3. — ist am 5/10 88 p. G. J. richtig angelangt u. soll Empf. auch h. aufr. worden sein. Anfrage i. R. nicht gefunden. Weiteres befragt. Dan. G. G. — Der alte Nothe: Beide Nachr. v. 14/6 hier. Ab. notirt u. disponirt wie am 17/6 h. mitgeteilt. — Schützen: Ab. nach Vorlage v. 11. ds. geord. Ueber Landes am 14/6 h. berichtet. — Beritas: Avis v. 14/6 hier. Vängsterprocedens erwarten mit Abrechnung. — Rabbin: Bf. v. 14/6 u. Bl. x. ds. erh. Bf. folgt pr. 28. Verzögerung d. Fr. ungenügl. da wiederholt redieret. Bf. mehr mit interessanten Neuigkeiten. — Rath u. Kraft: Ab. u. Bf. v. 15/6 geordnet. Nichts laufend. Ueber Verträge h. — Clara: Rechnen auf Zulage v. 14/6 u. notiren Ab. u. Bf. folgt. — Meros: „Wo stellt ist seit geraumer Zeit“, aber kein Geld gelaubt. Wüssen das Jung selber baar zahlen und das Verandtriffo tragen. Kredit also unmöglich. — Babylon: Notiren Ab. u. Bf. v. 11. und 17/6 Weiteres nach Wunsch u. h. — L. R. Chr.: Fr. 2. 50 Ab. 1/5—15/6 erh. — Forley: Sdg. v. 12/6 erh. Bf. u. v. gem. Bf. am 14/6 Weiteres. — Dfr. G. a. R.: Mf. 100. — a. Gto. Ab. x. erh. — Nothe Schloßhande: Mf. 30. — a. Gto. Ab. x. erh. Bf. u. notirt. Bf. am 14/6 Weiteres. — Müdezahl: Mf. 32. 40 Ab. 2. Cu. erh. — Kantias: Bf. v. 13. am 15/6 beantw. u. Bf. nach Vorlage bewi. Bf. u. Jbb. v. 14. hier. Antw. am 17/6 fort. Postenl. einverstanden. Anfr. mehr händl. dort sein. R. Bf. suchen zu ergattern und an Hand Ihrer interessanten Brieft. gründlich vorzunehmen. Dank und Gruß! — R. G. G. New-York: Bf. 65. 3. 5 am 13/6 pr. Ch. erh. Doll. 300. — sind hiesig u. Spezialatq. d. h. befragt. Der Rest a. Commis. Depot verwendet. Weiteres berichten, sobald Nachr. anlangt. Bf. folgt u. h. mehr. — Valtosor: Mf. 100. — a. Gto. Ab. x. erh. u. Ab. geord. Weiteres pr. Bf. — Rother Gerber: Mf. 150. — a. Gto. Ab. x. erh. u. Mf. 16. 35 pr. Garg. gutgebr. Ab. notirt. Alles fort. Näheres h. — R. L. Bpt.: Bf. 2. — a. Gto. 3. Cu. erh. — Rother Apostel: Nun geht uns aber doch der Bestand still betr. d. L. u. Ihrer Generalpaule! — Weichend: Ihr altes Privileg auf „Dices“ war außer Acht gelommen und ist erneut. Dank für Beibeh. „Die Schafe des Königs Admetos“ wirdigen aber in Ihrem Fall allezeit die Gut Apollo's, was Sie wiederholt u. längt in Zwischenhand monit. Nachr. v. 15/6 hier. Ergänzung erwartet. Dank u. Gruß! — Domesberg: Mf. 100. — a. Gto. Ab. erh. u. h. am 14/6 weiterberichtet. Ab. u. Bf. u. notirt. Dän. für Bf. Fr.“ gib's nicht. Ab. u. Vorlage v. 16/6 notirt u. Belag. d. Dir. pr. 1. u. 2. Cu. bewi. Abdranglangens revidiert. Werden darüber verfahren. — Fernandeg: Bf. vom 16. am 17/6 erh. Alles beachtet. — Pharas: Nachr. v. 16/6 pr. Dd. am 18/6 erh. u. beantw. Verprocedens Müßig. bald erwartet, da nur ganz Allgemeines wissen. Eingehende u. rechtzeitige Nachrichten stets nötig, um allseitig rasch pariren zu können. — Alak: Bf. v. 17/6 erh. u. Bf. nach Vorlage bewi. Weiteres folgt nach Angabe. — Herbst: Brief vom 17/6 erhalten, aber wo die alte Liebesfortzuehen, nicht daraus ersehen; ohne Kenntnis des Ortes dient auch der Ausschnitt nur zur Erhöhung der Verwirrung. Herzlos, loyal.

New-York. Soz. Labor Party: Doll. 300. — für die Rothleidenden vom westphälischen Streik dankend erhalten und weiterbefragt.

Paris. **Deutscher Sozialdemokratischer Club.** Jeden Sonnabend, Abends 9 Uhr, im Cafe de la Nouvelle Poste, au coin Rue Montmartre 33 et Rue Etienne Marcel 36

**Öffentliche Versammlung.** **Heutiger Soz. dem. Isfklub**

Sieben ist in Neu-Ausgabe erschienen:

**Acht Opfer des Klassenhasses.**

**Leben und Sterben der Chicagoer Arbeiterführer**

Preis 30 Pf. = 40 Cts.

Zahlreichen Aufträgen sieht entgegen

**Die Expedition des „Sozialdemokrat“**

Bestellungen aus der Schweiz richtet man an die

**Schriften-Filiale der „Arbeiterstimme“ in Zürich.** **Jähringerstraße 12.**

Printed for the proprietors by the German Co-operative Publishing Co. 114 Kentish Town Road London N. W.